

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,00 M. Im voraus zahlbar. Postweg 4,30 M. einschließlich 40 Pfg. Postwert. 3- und 72 Blg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Feiertage ausser im Herbst mit dem „Der Abend“, „Wöchentliche Beilage“, „Welt und Zeit“ und „Kinderzeitung“. Ferner „Brauentimber“, „Lohn“, „Bild in die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Erbteilungsblatt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Das einseitige Kopieren des „Vorwärts“ ist strafbar. Die Abnahme der „Vorwärts“ ist strafbar. Die Abnahme der „Vorwärts“ ist strafbar. Die Abnahme der „Vorwärts“ ist strafbar.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto Berlin 37586 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. u. Disc.-Ges., Depostenk. Jerusalemstr. 65/66

Heute wieder Reichstag.

Tagesordnung: Reichshaushaltsgesetz für 1931.

Reichsfinanzminister Dietrich wird heute nachmittags 3 Uhr dem Reichstag den Reichshaushalt für 1931 vorlegen. Er wird in seiner Rede natürlich auch von der neuen Notverordnung sprechen, die den Reichshaushalt stark beeinflusst. Dann wird wohl programmäßig die Debatte auf Donnerstag vertagt werden, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Am Ende der Debatte, die sicherlich mehrere Tage dauern wird, stehen entscheidende Abstimmungen. Werden die Anträge der Opposition auf Aufhebung der Notverordnung und auf Erklärung des Misstrauens gegen die Regierung abgelehnt, so wird das Reich ohne politische Weihnachtskrise in das neue Jahr hinüberkommen. Aber ob es so kommt oder anders, ist noch ungewiß.

Die Deutschnationalen haben schon, ebenso wie die Nationalsozialisten, die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragt. Der Reichslandbund hat seine Unzufriedenheit mit ihr erklärt, weil er nie genug kriegen kann. Da er aber „Ergänzungen“ fordert, scheint er nicht gerade für Aufhebung zu sein.

Die Nationalsozialisten — Spaß muß sein! — haben folgenden Antrag eingebracht:

Um die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Reichskabinetts herbeizuführen und ihm die rechtmäßige Grundlage seiner Existenz endlich zu sichern, spricht der Reichstag, indem er über alle sonstigen, auf die gegenwärtige Reichsregierung bezugnehmenden Anträge, Erklärungen und Formeln zur Tagesordnung übergeht, dem Reichskabinettt Dr. Brüning das Vertrauen aus.

Dieser Kunstgriff ist nicht mehr neu. Er ist schon früher versucht worden und mißglückt. Damals bezeichnete ihn ein Zuschauer unter großer Heiterkeit als — einen „echt jüdischen Dreh“.

Ein Vertrauensantrag, der von der Opposition eingebracht wird, in der Absicht, seine Ablehnung und damit den Sturz der Regierung herbeizuführen, darf entweder, weil nicht ernst gemeint, gar nicht zur Abstimmung gebracht oder er muß einstimmig abgelehnt werden. Kein vernünftiger Mensch wird erwarten, daß die Ablehnung einer solchen Kasperlade irgendwelche politische Konsequenzen haben kann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird über ihr weiteres Verhalten beschließen. Daß sie keine Gemeinschaft

haben kann mit den faschistischen Parlaments-Hanswürsten, versteht sich von selbst.

Vorpiel im Haushaltsausschuß.

Der Ausschuh für den Reichshaushalt hat am Dienstag die Abstimmungen zu der Notverordnung vom Juli 1930 vorgenommen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wurde zunächst festgestellt, daß nur Anträge über die Aufhebung der gesamten Notverordnung, nicht aber über einzelne Teile zur Abstimmung gebracht werden können. Die weitere Streitfrage, ob im Haushaltsausschuß Einzelanträge eingebracht und entschieden werden können, wurde von der Mehrheit entsprechend der von den Sozialdemokraten vertretenen Auffassung bejaht. Die Angelegenheit soll dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags weiter beschäftigen.

In den folgenden Abstimmungen wurden die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf Aufhebung der Notverordnung abgelehnt, von den zahlreichen Einzelanträgen fand eine Entschlebung der Nationalsozialisten eine Mehrheit, die sich gegen die Gemeindegrenzfesteuerung wandte.

Mit großer Mehrheit wurden dann nur noch die Entschlelungen der Sozialdemokratie zur Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Reichsversicherung und zur Bürgersteuer angenommen. Der Inhalt dieser Entschlelungen entspricht im wesentlichen den Verbesserungen zu diesen Gesetzen, die inzwischen durch die neue Notverordnung vom 1. Dezember in Kraft getreten sind. Auch die Kommunisten stimmten den sozialdemokratischen Entschlelungen zu.

Beachtet den Bannkreis!

Der Vizepräsident erklärt aus Anlaß der wieder beginnenden Reichstagsverhandlungen eine Mahnung, den Bannkreis zu beachten.

Zeitungsüberschriften.

„Kreuz-Zeitung“:

Die Notverordnung in Kraft. Im Hintergrunde die Sozialdemokratie.

„Deutsche Zeitung“:

Was die Notverordnung bringt. Die Zustände an die SPD.

„Welt am Abend“:

Das neue Hungerdiktat. Die Sozialdemokratie wird Brüning retten.

Oberschlesien-Debatte.

Sinn und Unsinn im Auswärtigen Ausschuh.

Der Auswärtige Ausschuh nahm gestern nach längerer Debatte über die Vorgänge in Ostoberschlesien eine stillschweigend nicht ganz einwandfreie, aber politisch vertretbare Entschlelung an, die zunächst der Empörung über das verübte Unrecht Ausdruck gibt und dann fortführt:

Der Auswärtige Ausschuh sieht diese Vorgänge um so ernster an, als sie nur ein Glied in der langen Kette von Vorkommnissen sind, die klar ein auf die Bedrückung, Verdrängung und Vernichtung der Minderheit gerichtetes polnisches System erkennen lassen. Der Ausschuh hält den Beweis für erbracht, daß eine solche offene Bedrückung nur mit stillschweigender Billigung und Ermattung seitens der polnischen Behörden möglich war. Er muß hierbei an die zahllosen Beschwerden an den Völkerbundrat erinnern, zu denen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien dauernd gezwungen gewesen ist. Er verwirft ferner auf die früheren Maßnahmen der polnischen Regierung gegen den deutschen Grundbesitz in Polen und auf die dem Völkerbundrat vorliegende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit. Zu allen diesen Tatsachen kommt jetzt der offensichtlich Zusammenhang, der zwischen polnischen Behörden und dem bei den Terrorakten hauptsächlich beteiligten „Verband der schlesischen Aufständischen“ besteht.

Der Auswärtige Ausschuh erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel benutzt um zu erreichen, daß Polen gezwungen wird, von diesem Kurze Abstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den Genuß derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den Verträgen zustehen. Er erwartet ferner, daß die schuldigen polnischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung für die erlittene Unbill

verschafft und vor allem die Wiederholung solcher empörender Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird.

Hierauf leistete sich eine tunterdunkte Mehrheit aber noch einige unsinnige Beschlüsse. Sie nahm u. a. an:

1. eine nationalsozialistische Entschlelung, worin die Reichsregierung ersucht wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß eines Handelsvertrags oder sonstiger Abkommen unüberzählich abzubrechen;
2. eine deutschnationale Resolution gleicher Tendenz;
3. eine Entschlelung der Landvolkpartei, in der noch einmal dasselbe gelangt wird;
4. eine nationalsozialistische Resolution, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst festgestellten Weigerung der Mehrheit der Teilnehmer des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzuberufen und nur einen Beobachter dort zu belassen.

Bei der letzten Zusammenlegung des Auswärtigen Ausschusses hängt es von den Kommunisten ab, ob die Anträge der sog. „nationalen Opposition“ angenommen oder abgelehnt werden. Da die Abrüstungs-Konferenz sowie vor dem Ende steht, Handelsvertrag und Liquidationsabkommen auch stocken, ihr Nichtzustandekommen aber den Deutschen mindestens ebenso schadet wie den Polen, sind diese Beschlüsse kindischer Unng. Gewinnen ist die Regierung an sie nicht. Sie hat die Politik, die sie für richtig hält, vor dem Reichstagsplenum zu vertreten und mit ihr zu stehen oder zu fallen.

Der Regierungspräsident in Oppeln hat angesichts der starken Beunruhigung in der Bevölkerung alle Versammlungen unter freiem Himmel, einschließlich Umzüge, bis auf weiteres verboten.

Notleidende und Notverordnung

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Von S. Aufhäuser.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages befand sich schon einige Wochen in der Beratung der ihm vom Plenum übergebenen Brüning'schen Notverordnung vom 26. Juli 1930, ohne daß die Öffentlichkeit an diesen Erörterungen ein besonderes Interesse genommen hätte. Erst als der 4. Abschnitt zur Beratung gelangte, der die Abbaubestimmungen zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung enthält, wurde es inner- und außerhalb des Reichstages lebendig. Wird es der Sozialdemokratie gelingen, noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstagsplenums die heiß umstrittenen Bestimmungen um den Krankenschein, die Arzneigebühr und den Ausschluß der Jugendlichen unter 17 Jahren von der Arbeitslosenversicherung unter Führung grundlegend zu ändern, oder bleibt es bei der von der Reichsregierung im Wahlkampf wiederholt abgegebenen hündigen Erklärung, daß an den Grundrissen der Notverordnung nicht gerüttelt werden dürfe? Wird der seit dem 14. September von antiparlamentarischen Kräften bedrängte und in seiner Arbeit gestörte Reichstag durch den starken Willen der Sozialdemokratie zunächst im Ausschuh aktionsfähig gemacht werden können und reicht ihre Kraft aus, inmitten einer stürmenden Sozialreaktion und in einer Periode des radikalen Sozialabbaues eine Schranke aufzurichten und wiederum Anlässe für den ersten Wiederaufbau geachteter sozialer Errungenschaften zu schaffen?

Die politischen Schwierigkeiten

wären auch im Haushaltsausschuß turmhoch. Zwar konnte die Sozialdemokratie für jeden radikalen Antrag mit Nationalsozialisten und Kommunisten, wahrscheinlich auch mit dem „Arbeiterfreund“ Hugenberg eine formale Mehrheit haben, doch wäre eine solche Mehrheit immer nur negativ geblieben. In der Gesamtstimmung über den 4. Abschnitt der Notverordnung hätten ihn diese zweifelhaften Bundesgenossen generell aufgehoben; es wäre damit auch der für die Arbeitslosenversicherung geltende Beitrag, d. h. die elementarste Voraussetzung zur täglichen Auszahlung der Unterstützung gefallen. In der Krankenversicherung wären den Versicherten die neuen Mitbestimmungsrechte bei der Errichtung von weiteren Innungs- und Betriebskrankenkassen, sowie andere soziale Fortschritte genommen worden. Vor allem hätte eine allgemeine und mechanische Aufhebung der ganzen Notverordnungen oder eines ganzen Abschnittes in der Urfrage die seit der Zulieferordnung geschaffene Machtposition der Krankenkassen gegenüber dem reaktionären Leitender Vertreterverband wieder völlig preisgegeben werden müssen. In Wirklichkeit sind aber die Summen, welche heute die Krankenkassen für Anhaltorenare verursachen müssen, zu einer unerträglichen Last für die vom Lohnabbau bedrohten Arbeiter und Angestellten geworden. Die Rückbildung der Arbeitsbestimmungen hätte die Versicherten mit Millionen Mehrlast und neuen Beitragserhöhungen getroffen.

Die Sozialdemokratie

hat deshalb wie immer, wenn es sich um den sozialen Arbeitsschutz und um die tägliche Fürsorge der Kranken, Erwerbslosen und sozialen Notleidenden handelt, keine rüchrische, sondern eine sozialpolitisch politisch eingestellte Opposition gemacht. Politik treiben, heißt für eine Arbeiterpartei, auch wenn sie in der Opposition zur Regierung steht, bei jeder ihrer Handlungen täglich und stündlich an das Schicksal der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft denken. Bei diesen Erwägungen war es unmöglich, das Experiment einer Mehrheitsbildung mit Kommunisten und Nationalsozialisten zu machen; es sei denn, daß die SPD. darauf verzichten wollte, irgendein Ergebnis für die Kranken und Erwerbslosen zu erzielen. Solche Mehrheitsbeschlüsse hätten zwar für eine Woche Illusionen erweckt, ohne von der Regierung und vom Reichsrat jemals ausgeführt zu werden. Auch mit einem wesentlichen Teil der Regierungsparteien konnte die notwendige Veränderung der Kranken- und Arbeitslosenversicherung nicht beschloffen werden. Für die Deutsche Volkspartei ist der Abbau der Arbeitslosenversicherung zum Prinzip geworden, bei anderen Regierungsparteien hätten soziale Verbesserungen durch unerfüllbare Konzeptionen an den Leipziger Vertreterverband erlaubt werden müssen. Sollte also die Sozialdemokratie ihr Versprechen wahrnehmen, so blieb nur der Weg, mit der verfügbaren politischen Kraft den stärksten parlamentarischen Druck unmittelbar auf die Reichsregierung auszuüben, damit diese aus eigener Initiative die der SPD. gemachten Angeändnisse durch eine Gesetzesvorlage verwirklicht.

In diesem Sinne waren die beiden Entschlelungen der Sozialdemokratie vom 29. November an die Reichsregierung gerichtet. Wir hätten gewünscht, daß die Verbesserungen zu den beiden Sozialgesetzen in Gestalt von ordentlichen Gesetzen vorgelegt worden wären. Wenn die Regierung den Weg einer neuen Notverordnung gewählt hat, so waren die Widerstände bei den eigenen Regierungsparteien und dem Reichsrat mit maßgebend. Den formalen

Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48, die gemacht werden können, kann diesmal gegenübergestellt werden, daß die neue Verordnung zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung inhaltlich mit dem Ergebnis parlamentarischer Kraftentfaltung der stärksten Reichstagspartei geworden ist. Die Arbeiterschaft wird auch Verständnis dafür haben, daß die Sozialdemokratie den sozialen Willen zu helfen über andere politische Erwägungen stellen mußte.

In der Krankenversicherung

Ist in den Änderungen die Grenze innegehalten, bei der es gerade noch möglich sein wird, ohne neue Erhöhung der eben gesenkten Beiträge auszukommen. Könnten aber Krankenschein- und Arzneigebühren nicht völlig aufgehoben werden, so müßten auf jeden Fall die durch Erwerbslosigkeit, Invalidität, Berufsunfähigkeit, Berufsunfall oder Kriegsbeschädigung ganz oder teilweise Arbeitsunfähigen von diesen Gebühren befreit werden. Neben dieser Befreiung sozial notleidender Personengruppen galt es, auch bestimmte Krankheitsfälle vor allem bei der Uebertragungsgefahr von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten ausnahmslos zuzulassen. Für dringende Fälle, insbesondere bei Unfällen, oder wenn wegen der mit der Abholung des Scheines verbundenen Umstände der Arzt nicht mehr rechtzeitig helfen könnte, war die nachträgliche Beibringung des Krankenscheins vorzusehen. Von entscheidender Bedeutung ist schließlich die neue Bestimmung, daß bei längerer Erkrankung von mindestens zehn Tagen Arbeitsunfähigkeit die Arzneigebühr völlig aufgehoben werden konnte.

Bei Versicherten, die während der Krankheit Arbeitsentgelt erhalten, das nach der Zulassungsverordnung auf das Krankengeld anzurechnen ist, wurde vorgesehen, daß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt wird und außerdem das Krankengeld nach Ablauf der Gehaltszahlung erhöht werden kann. In Verbindung mit dieser Bestimmung ist für die kaufmännischen und technischen Angestellten arbeitsrechtlich eine wichtige Änderung des Handelsgesetzbuches, der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches erreicht worden. Nach der neuen Bestimmung ist der Anspruch auf Gehalt im Krankheitsfall unabdingbar gemacht worden. Das Hausgeld in der Krankenversicherung kann künftig auch bei Versicherten ohne Angehörige auf zwei Drittel des Krankengeldes erhöht werden. In den weiteren Bestimmungen der neuen Verordnung sind technische Verbesserungen enthalten, ferner die Gleichstellung der Grenzgebiete mit dem Inland, und die Gleichstellung der Erbschaften mit den Zwangsklassen, soweit erstere bisher bevorzugt waren.

In der Arbeitslosenversicherung

hat die Sozialdemokratie das Schwergewicht darauf legen müssen, die nicht nur für die Jugendlichen selbst, sondern für die proletarischen Familien außerordentlich harte Ausschließung Jugendlicher unter 17 Jahren von der Arbeitslosenunterstützung wieder gut zu machen. Es ist gegen stärkste politische Widerstände gelungen, den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wiederum zu sichern. Die materielle einschneidendste Maßnahme aus der Zulassungsverordnung war die Vorschrift, daß Versicherte, die vorher weniger als 52 Wochen in Beschäftigung gestanden hatten, nur noch gekürzte Unterstützungssätze ausgezahlt erhalten. Auch hier ist eine für die Beteiligten wesentliche Erleichterung geschaffen worden, indem sich künftig diese Anwartschaft von 52 Wochen auf einen Zeitraum von 2 Jahren erstrecken müssen. Schließlich konnte ein in der Praxis großer Uebelstand beseitigt werden. Nach dem § 105 Abs. 3 der Verordnung wurden der Arbeitslosenunterstützung die tatsächlich entrichteten Beiträge zugrunde gelegt. In Hunderten von Fällen haben die Unternehmer, insbesondere bei der jetzigen schlechten Wirtschaftslage zwar den richtigen Beitrag vom Arbeiter oder Angestellten erhoben, wohl aber geringere Summen an die Reichsanstalt abgeführt. Den Schaden mußte der Versicherte tragen, der im Fall der Erwerbslosigkeit eine entsprechend geringere Unterstützung ausgezahlt erhielt. Nach der jetzt getroffenen Neuregelung haben in diesen Fällen die Erwerbslosen Anspruch auf die volle Unterstützung.

Eine weitere dringliche Forderung der Sozialdemokratie, die 14tägige Wartezeit in der Arbeitslosenversicherung für Erwerbslose ohne zuschlagberechtigte Angehörige, ist unerfüllt geblieben. Um sie, wie die anderen teilweise nicht voll durchgeführten Vorschläge, gibt es weiter zu kämpfen. Die Reichsregierung wird sich auch nicht im Zweifel darüber sein dürfen, daß mit der Änderung der Verordnung vom Juli überhaupt keine ausreichende soziale Hilfe gegenüber dem Massenelend erreicht werden konnte. Neue brennende soziale Probleme sind zu lösen. Die Unterstützung der aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten muß durch Ausbau der Kranken- und Alterssicherung eine ausreichende Regelung erfahren. Die Finanznot der Gemeinden darf nicht zur völligen Verehrdung der Wohlfahrtserwerbslosen führen, deren Zahl heute mit 700 000 nicht zu hoch geschätzt sein dürfte. Ebenso kann auch über den Sozialetat für 1931 noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Mögen sich alle Sozialisten in Deutschland bewußt sein, daß auch in den nächsten Wochen eine wirksame soziale Hilfe für die im tiefsten Elend befindlichen Massen gegenüber dem drohenden Faschismus unsere stärkste Waffe sein wird.

Mehrheit gegen Seipel-Partei.

Erste Sitzung des Nationalrats.

Wien, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der neu gewählte Nationalrat trat nachmittags 1/4 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Sozialdemokraten waren mit roten Ketten im Knopfloch erschienen, die Großdeutschen mit Kornblumen. Die acht Heimwehrleute marschierten in ihrer Uniform ein.

Ueber die Besetzung des Präsidiums, für das der Sozialdemokrat Eiderich und der Christlichsozialer Ramek kandidierten, ist in der Obmannvertreterkonferenz bisher eine Einigung nicht erzielt worden. Die Großdeutschen beantragten deshalb die Vertagung auf Donnerstag, die gegen die Christlichsozialen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Schöber-Bunds beschloffen wurde.

Trotzli sollte in Oslo gefangen worden sein — große Sensation! Aber es war nur ein Mit verdorbener Studenten.

Die Bürgersteuer in neuer Form.

Wesentliche Verbesserungen auf Betreiben der Sozialdemokratie.

Die neue Rotverordnung des Reichspräsidenten enthält auch eine Neuregelung der Bürgersteuer. Allerdings bildet die Bürgersteuer auch in ihrer neuen Gestalt einen Fremdkörper im deutschen Steuersystem, aber die Änderungen stellen trotzdem beachtenswerte Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand dar.

In ihrer ursprünglichen Gestalt — nach der Rotverordnung vom 16. Juli — war die Bürgersteuer nichts weiter als eine rohe und brutale Kopfsteuer. Alle Wahlberechtigten sollten denselben Steuerfuß von 3 Mark entrichten, ohne Rücksicht darauf, wie hoch ihr Einkommen ist. Der Milliardär sollte nicht mehr zahlen als der Arbeiter und nur für die Vermissten der Armen, die Einkommen unter 1200 Mark, war ein ermäßigter Steuerfuß von 3 Mark vorgesehen. Jede andere Staffelung oder war ausdrücklich ausgeschlossen.

Nachdem der Reichstag diese Rotverordnung aufgehoben, die Regierung den Reichstag aufgelöst und der Reichspräsident seine zweite Rotverordnung erlassen hatte, erhielt die Bürgersteuer schon ein etwas anderes Gesicht. Mit Rücksicht auf die Angriffe der Sozialdemokratie und auf die bevorstehenden Wahlen machte die Regierung ein wichtiges Zugeständnis: Statt des Einheitsfußes von 3 Mark wurde eine Staffelung eingeführt, obgleich besonders die Deutsche Volkspartei bis dahin jede Staffelung mit aller Entschiedenheit abgelehnt hatte. Aber diese Staffelung war völlig ungenügend. Der

ungelehrte Arbeiter mit dem kümmerlichen Einkommen von 1200 Mark

mußte ebenso 3 Mark Kopfsteuer entrichten wie der hochbezahlte Angestellte mit einem Gehalt von 8000 Mark. Bei einem Einkommen von 3 bis 8100 Mark waren ebenso 12 Mark zu entrichten, wie bei einem Einkommen von 25 000 Mark. Bei den Rieseneinkommen bis zu 100 000 Mark betrug die Kopfsteuer nur 100 Mark, bis zu 500 000 Mark nur 500 Mark und über 500 000 Mark nur 1000 Mark.

Vor allem aber waren die Freibestimmungen ein Hohn auf jede steuerliche Gerechtigkeit. Von der Bürgersteuer waren nur befreit diejenigen Krisenunterstützten, die seit dem 10. September Krisenunterstützung bezogen, und die Fürsorgeempfänger, die seit dem 10. Oktober von der Wohlfahrtspflege unterstützt wurden. Wer also auch nur einen Tag später in die Krisenunterstützung oder in die Wohlfahrtspflege gekommen war, wurde ohne Gnade der Steuerpflicht unterworfen, gleichgültig ob er überhaupt noch das Nötige zum Leben hatte oder nicht. Selbstverständlich sollte auch der Arbeitslose zahlen,

der nach das Glück hatte, von der Arbeitslosenversicherung unterstützt zu werden.

Zahlen sollten selbst auch alle diejenigen, die überhaupt kein Einkommen haben, aber aus irgendeinem Grunde keine öffentliche Unterstützung beziehen. Steuerpflichtig war also z. B. der Invalidenrentner mit seinen 30 Mark Monatsrente, ebenso der Unfallrentner, der Rentner der Angestelltenversicherung und der Kriegsbeschädigte. Zahlen sollten ebenso die mittellosen Eltern, die von ihren Kindern unterhalten werden, zahlen sollte die Schwester, die von der Unterstützung ihres Bruders lebte. Zahlen sollten aber auch der in der Ausbildung begriffene Sohn oder die Tochter, wenn sie über 20 Jahre alt sind. Und zahlen sollten schließlich sogar die Soldaten. Obgleich sie kein Wahlrecht haben, sollten sie doch eine Steuer entrichten, deren Hauptzweck die Erziehung der Wahlberechtigten zur Verantwortungspflicht sein sollte!

Gegenüber diesem Zustand bringt die neue Rotverordnung wesentliche Verbesserungen, einmal bei der Staffelung und zweitens bei den Freibestimmungen. Nach der neuen Staffelung haben zu zahlen:

Die Einkommen bis 1 200 M.	3 M.
„ „ von 1 200 — 4 500 „	6 „
„ „ „ 4 500 — 6 000 „	9 „
„ „ „ 6 000 — 8 000 „	12 „
„ „ „ 8 000 — 12 000 „	18 „
„ „ „ 12 000 — 16 000 „	24 „
„ „ „ 16 000 — 20 000 „	30 „
„ „ „ 20 000 — 25 000 „	50 „

Die Einkommen bis zu 50 000 M. zahlen 75 M., bis zu 75 000 M. 150 M., bis zu 100 000 M. 300 M., bis zu 250 000 M. 500 M., bis

zu 500 000 M. 1000 M. und über 500 000 M. 2000 M. Die Steuerfüße sind also bei den höheren Einkommen zum Teil mehr als verdoppelt und bei den Einkommensgruppen von 20 000 bis 25 000 M. sogar mehr als verdreifacht. Insbesondere sind bei den Einkommen zwischen 1200 und 5000 M. zwei Stufen eingeschoben worden.

Noch wichtiger sind die Abänderungen, die die neue Rotverordnung bei den Freibestimmungen der Bürgersteuer bringt. Nach der neuen Fassung sind nunmehr nur die Personen steuerpflichtig, die auf eigene Rechnung leben. Steuerfrei sind also jetzt die Eltern, die von ihren Kindern unterhalten werden, die Kinder, die noch von der Unterstützung der Eltern leben, die Schwester, die dem Bruder die Wirtschaft führt usw.

Von der Bürgersteuer frei sind ferner auch alle Arbeitslosen,

gleichgültig, ob sie Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Wohlfahrtsunterstützung beziehen, gleichgültig auch, wie lange sie schon arbeitslos sind. Es kommt nur darauf an, daß sie an den beiden Zahlungstagen, also am 10. Januar und am 10. März, von einer der drei Unterstüßungseinrichtungen Unterstützung beziehen.

Von der Bürgersteuer befreit werden ferner alle Sozialrentner, deren relatives Einkommen 900 M. jährlich nicht überschreitet. Damit wird die große Masse der Invalidenrentner, der Knappschafts-, Angestellten- und Unfallrentner aus der Bürgersteuer herausgenommen. Frei sind weiter alle Rentenempfänger der öffentlichen Fürsorge, besonders die Kleinrentner. Steuerfrei sind nunmehr auch alle die Kriegsbeschädigten, die Zusatzrente erhalten. Steuerfrei sind schließlich alle Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder für die das Wahlrecht ruht, also vor allem die Soldaten.

Mit dieser Neuregelung sind die schlimmsten Härten beseitigt, die die Bürgersteuer bisher aufwies und zugleich

wichtige Zugeständnisse an die sozialdemokratischen Forderungen

gemacht. Die Sozialdemokratie hat von Anfang die völlige Aufhebung der Bürgersteuer verlangt und diese Forderung in den Verhandlungen mit den anderen Parteien und mit der Regierung immer von neuem erhoben. Wenn sie schließlich mit diesem Verlangen nicht durchgedrungen ist, so liegt das nicht an ihr, sondern einzig und allein an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag und nicht zuletzt an dem Widerstand des Reichsrats.

Im Reichstag ist allerdings zusammen mit den Nationalsozialisten und Kommunisten eine Mehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer vorhanden. Wenn mit dieser Mehrheit kann man nur einen Beschluß fassen, der auf dem Papier steht. Länder und Gemeinden wollen auf die Steuerquelle nicht verzichten. Besonders der Reichsrat hält die Bürgersteuer als Einnahmequelle für die Gemeinden für unentbehrlich und würde daher gegen jeden Beschluß des Reichstags, der die Bürgersteuer aufhebt, ohne den Gemeinden dafür einen Ersatz zu beschaffen, Einspruch einlegen. Dieser Einspruch könnte dann vom Reichstag nur überwunden werden, wenn sich eine Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung der Bürgersteuer findet. Diese Zweidrittelmehrheit ist aber auch zusammen mit allen radikalen Gruppen nicht vorhanden. Sollte daher die Bürgersteuer nicht unerbittlich aufrechterhalten bleiben, so gab es nur die Möglichkeit, sie jetzt zu verbessern und in Zukunft den Kampf um ihre völlige Beseitigung mit mehr Aussicht auf Erfolg weiter zu führen.

Bredt bleibt — einstweilen!

Dingeidey Fraktionsvorsitzender.

Der Reichsfinanzminister Dr. Bredt über dessen Rücktrittsgesuch. Der Ausgang der Besprechung war, daß das Rücktrittsgesuch dem Reichspräsidenten noch nicht zur Entscheidung unterbreitet wird. Dr. Bredt wird zunächst seinen Dienst wieder aufnehmen. Eine Entscheidung über sein Rücktrittsgesuch dürfte voraussichtlich erst in etwa 14 Tagen fallen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählte am Dienstag den Parteivorsitzenden Abg. Dingeidey durch Zufall zum Fraktionsvorsitzenden. Zum Stellvertreter wurde der Abg. Lauth bestimmt.

Nationalsozialistische Zinsnechtfchaft.

Frid und Franzen müssen wegen Wucher mindestens für drei Monate ins Gefängnis.

I.

Antrag Dr. Frid und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der nachstehende Bestimmungen enthält:

1. Der höchst zulässige Zinsfuß wird auf 5 Proz. festgesetzt. Davon ist mindestens 1 Proz. auf die Tilgung der Schuld zu verrechnen. Nach spätestens fünfzig Jahren gilt jedes Darlehen als getilgt. Wer sich für ein Darlehen einen höheren Zinsfuß einschließlich aller Provisionen und Verwaltungskosten als 5 Proz. versprechen läßt oder entgegennimmt, wird wegen Wucher mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Berlin, 14. Oktober 1930.

Dr. Frid und weitere 14 Unterschrifteten.

II.

Sitzung des Reichsrats vom 2. Dezember 1930.

Die Reichsregierung schlägt vor, die Verzinsung der Aufwertungshypotheken, die jetzt 5 Proz. beträgt, ab 1. Januar 1932 um 2 1/2 Proz. zu erhöhen.

Die preussische Regierung ersucht, sich mit 2 Proz. Erhöhung zu begnügen, weil die Landwirtschaft 7 1/2 Proz. nicht tragen kann und weil ein so hoher Zinsfuß die Renten verteuert, also mit der Preislenkungsaktion der Reichsregierung nicht vereinbar ist. „Was nützt es dem Mieter“, fragt Staatssekretär Weismann, „wenn er für Brot und Milch ein paar Pfennige weniger ausgiebt, aber die Miete so gesteigert wird, daß sie seinen Lebensunterhalt noch weiter verteuert?“

Der Vorschlag der Reichsregierung wird jedoch nach Erklärungen des Ministerialdirektors Schlegelberg angenommen, der Zinsfuß somit auf 7 1/2 Proz. erhöht. Für die 7 1/2 Proz. stimmen unter anderem die Frid-Regierung von Thüringen und die Franzen-Regierung von Braunschweig!

Staatssekretär Weismann-Braun: Ich weise auf die interessante Tatsache hin, daß die Regierungen von Braunschweig und Thüringen ihre Vertreter instruiert haben, für einen Zinsfuß von 7 1/2 Proz. zu stimmen, obwohl die Nationalsozialisten im Reichstag beantragt haben, daß alle Leute, die einen Zins über 5 Proz. nehmen, wegen Wucher bestraft werden sollen.

Gesandter Boden-Braunschweig: Ich bitte den Vertreter von Braunschweig, die Entwicklung der Gründe, die eine Regierung zur Instruierung ihres Vertreters geführt haben, der Regierung selbst zu überlassen.

Minister Dr. Franzen-Thüringen bemerkt, es sei bisher nicht üblich gewesen, daß ein Vertreter einer Regierung im Reichsrat an dem Verhalten einer anderen Regierung Kritik übe. Uebrigens behöre es eigenartig, an der Stellungnahme einer Regierung deshalb Kritik zu üben, weil eine der in dieser Regierung vertretenen Parteien einen gewissen Standpunkt eingenommen habe.

Staatssekretär Weismann: Eine Kritik an einer Regierung hat mir ferngeliegen, ich habe lediglich eine interessante Tatsache festgestellt wollen.

Staatssekretär Zweigert stellt sodann fest, daß die Verordnung in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen ist.

Der Blutwahn. Ein Sohn des jetzt in Rostau angeklagten und alles Gewandte eingehenden Ing. Eilfinn jagt sich in einem Brief, den die „Trawda“ veröffentlicht, von seinem Vater los und fordert dessen Hinrichtung...

Tagung des Parteiausschusses.

Stellungnahme zu organisatorischen Fragen.

Der Parteiausschuss trat am Dienstag zusammen, um zu organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand Genosse Wels eröffnete die Tagung mit einem warmherzigen Nachruf auf Adolph Hoffmann, zu dessen Gedenken die Anwesenden sich von den Sigen erhoben.

Der Parteiausschuss beschäftigte sich dann nach einem ausführlichen Referat des Genossen Wels in längerer Debatte mit der jungsozialistischen Bewegung. Allgemein wurde darüber Klage geführt, daß die jungsozialistische Bewegung in Bahnen geleitet wird, die der Partei nicht förderlich sind.

Seine Ansicht faßte der Parteiausschuss in folgendem Gutachten für den Parteivorstand zusammen:

„Der Parteiausschuss billigt den Beschluß der Berliner Bezirksleitung auf Auflösung der Berliner Ortsgruppe der Jungsozialistischen Vereinigung.“

Da die jungsozialistische Bewegung in ihrer heutigen Form den Anforderungen einer gesteigerten Werbearbeit unter der jungen Parteigenossenschaft nicht entspricht, wird der Parteivorstand ersucht, eine Reorganisation dieser Bewegung vorzubereiten, die die Möglichkeit schafft, die Werbungs- und Schulungsarbeit der jungen Parteigenossen auf breiterer Grundlage durchzuführen und eine engere Verbindung zwischen dieser Arbeit und der allgemeinen Tätigkeit der Partei herzustellen. Dadurch soll der berechtigten Aktivitätsdrang der Jugend in einer der Gesamtbewegung nützlichen Weise ausgewertet und die innere Beschlossenheit und Schlagkraft der Partei gesteigert werden.“

Die Stellung der Partei zum Reichsbanner wurde ebenfalls eingehend besprochen und entsprechend der Stellung des Parteivorstandes einstimmig gebilligt.

Sodann erstatteten die Genossen Hermann Müller-Franken, Dr. Herz und Kufhäuser eingehend Bericht über die parlamentarisch-politische Situation.

Mahnung an die Hochschulen.

Gimmes Appell an die Professoren.

In der schon erwähnten Konferenz der Hochschulrektoren beim preussischen Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft betonte Minister Gimmes in seiner Ansprache, er habe volles Verständnis dafür, daß Jugend auch einmal über die Stränge schlage. Es wäre auch noch kein genügender Anlaß für eine derartige Ansprache, wenn nicht weiter vorläge als ein Hinüberwürgen allgemein politischer und wirtschaftlicher Beunruhigung in die Hochschulen hinein; derartige Zusammenhänge seien selbstverständlich vorhanden und auch früher vorhanden gewesen. Man könnte volles Verständnis für die seelische Lage der Studierenden und ihre Vorbedürfnisse haben, wie der Ministerpräsident ihm noch kürzlich Ausdruck gegeben habe. Ausführungen, wie sie im Anfang dieses Semesters mehrfach vorgekommen seien, könnten aber keinesfalls geduldet und ihre Wiederholung mühte unbedingt verhindert werden. Der Minister fuhr fort:

„Wenn Gruppen von Studenten Hochschullehrer um ihrer politischen und weltanschaulichen Gesinnung willen in der wildesten Weise beschimpfen, wenn Männer, die ein ganzes langes Leben lang mit ungetrübtem Mut der Idee geopfert haben, um ihrer Gesinnung willen beschimpft werden und der Gefahr ausgesetzt sind, lässlich angegriffen zu werden, wenn die Antrittsvorlesung eines Professors um demselben geführt wird, weil unter seinem Rektorat einem hochverdienten, von mir persönlich wie von vielen Kreisen politisch Andersdenkender verehrten Staatsmann der Ehrendoktor verliehen ist; wenn versucht wird, mit Gewalt Kundgebungen der Staatstreue, der Treue zur Republik, zu verhindern, wenn durch Zusammenrottungen und Bedrohungen auf Befehl eines Senats Einfluß zu nehmen versucht wird, dann muß bei allem Verständnis für die Seelenlage der jungen Menschen die Hochschule und die Regierung mit Festigkeit eingreifen.“

Die akademische Freiheit sehe — so schloß der Minister — eine andere Idee voraus, ohne die sie nicht wäre: „Die Idee der Loyalität.“ Er rief dann die Rektoren zur Mitarbeit auf, um die Freiheit der Hochschulen und der wissenschaftlichen Arbeit zu wahren. Es müsse verhindert werden, daß die Lehren, die die Hochschulen in der Öffentlichkeit genießen und ohne die keine öffentliche Institution und kein Privileg bestehen könne, verloren gehe.

Polizei und Hochschulrecht.

Der preussische Innenminister hat an die Ober- und Regierungspräsidenten sowie den Polizeipräsidenten in Berlin nachstehenden Runderlaß gerichtet:

An den Universitäten verschiedener Städte ist es in den letzten Tagen zu erheblichen Ausschreitungen der Studierenden gekommen. Die akademische Freiheit ist durch Terror und Gewalt zerstört worden. Bis zu den Türen des Senats hin haben sich ebenso wie vor den Universitäten beschämende Szenen abgespielt, die ein Eingreifen der Polizei zur Wiederherstellung der gestörten öffentlichen Ruhe und Ordnung erforderlich machten.

Gegenüber den im Anschluß hieran nicht nur von Seiten der Studentenschaft in der Öffentlichkeit geduldeten Zweifeln über die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Polizei auf dem „Boden der akademischen Freiheit“ stelle ich — bei voller Anerkennung der akademischen Obrigkeit in allen rein akademischen Fällen und Umständen — mit Nachdruck fest, daß, wie überall, die Polizei zur Sicherung und Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auch in den Gebäuden und Anlagen der Universitäten oder Hochschulen berechtigt und verpflichtet ist.

Die Befugnisse der allgemeinen Polizei gegenüber den Universitäten, ihren Organen und ihren Besuchern sind weder in hiesiger noch örtlicher Beziehung irgendwie beschränkt. Die Polizei hat daher nicht nur auf Anfordern der Universitätsbehörden mit möglichster Beschleunigung mit den der gegebenen Lage entsprechenden Kräften einzugreifen, sie ist vielmehr darüber hinaus alle Vorkehrungen zu treffen, um gegebenenfalls auch ohne Anfordern die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in den Universitäten zu gewährleisten.“

Bälows Erinnerungen. Auf Antrag des früheren Regierungsrats im Reichsamt des Innern, Rudolf Martin, war dem Ullstein-Verlag in einer einseitigen Verfügung unterlagert worden, den zweiten Band der Memoiren Bälows ohne Entfernung der Martin betreffenden beleedigenden Stellen weiter zu veräußern. Der von dem Ullstein-Verlag gegen die Verfügung erhobene Einspruch ist nunmehr abgewiesen und das Verbot auf Antrag Martins auf zahlreiche von ihm benannte Sortimentsbuchhandlungen ausgedehnt worden. Die Verletzung des Verbots soll durch eine vom Berliner Landgericht I noch festzusetzende Strafe geahndet werden.

Volkspartei — Dingeldumden!



„Daß in Deutschland sich der Sozialismus auch im nationalen Gewande zeigt, ist die schwere Gefahr, der wir begegnen müssen.“ Dingeldey im Zentralvorstand der Volkspartei.

Otto Braun in Dresden.

Nazis werfen Tränengas und Stinkbomben.

Dresden, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Der preussische Ministerpräsident Braun sprach am Dienstagabend in zwei überfüllten Versammlungen in Dresden. Der größte Versammlungsraum im Zirkus und der mächtige Saal des Ausstellungspalastes waren überfüllt. Rund 10 000 Menschen waren dem Ruf der Sozialdemokratie und des Reichsbanners gefolgt. Wie vor einigen Wochen in der Eise-Bersammlung hatten auch diesmal die Nationalsozialisten, und zwar in verstärktem Maße, Tränengas- und Stinkbomben in den Zirkus gelegt, die, als sie zertrümmert wurden, den ganzen Raum verpesteten. Wenn dadurch natürlich auch Unruhe entstand und der Aufenthalt im Zirkus qualvoll wurde, so erreichten doch die Gegner ihren Zweck nicht.

Die Versammelten blieben zur Stelle und hörten die Ausführungen des Genossen Braun in Ruhe und mit starkem Interesse an. Braun entwickelte, obwohl er sichtlich unter Beschwerden litt, ein klares Bild der heutigen politischen Lage. Er zeigte die Ursachen des Anschwellens der nationalsozialistischen Bewegung auf, die in den Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit und in der heute aufs höchste gestiegenen wirtschaftlichen Not liegen. Breite Volksmassen machen zwar den Staat für diese Not verantwortlich, vergessen aber, daß sie selbst der Staat seien. Er brandmarkte die demagogischen Lügen der Nationalsozialisten, hielt scharfe Abrechnung mit Hugenberg und zeigte dem Sturm auf Preußen und dem Ruf nach einer Diktatur den angespannten Willen der Sozialdemokratie und des Reichsbanners entgegen, den republikanischen Staat auch in diesem schweren Notwinter gegen Hakenkreuz, Stahlhelm und Sowjetstern bis aufs äußerste zu verteidigen.

Das verstärkte Verantwortlichkeitsgefühl in den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, das sich jetzt allerwärts zeigt, werde die Sumpfpflanze des Nationalismus zerbrechen lassen. Dazu werde Preußen, das in langen Jahren ruhiger Entwicklung aus einem Hort der Reaktion ein Hort der Republik geworden sei, das seinige tun. Den großen Worten und dem leeren Programm der Gegner, der weitverbreiteten Verzweiflungstimmung würde demokratische Bernunft und starke Disziplin entgegengesetzt werden.

Beide Versammlungen zeichneten sich aus durch die in Dresden noch nie gesehene Größe des Aufmarsches. Die Massen ruhiger, geschulter und entschlossener Menschen haben gezeigt, daß die Dresdener Sozialdemokratie, heute mehr denn je, fest geschlossen, politisch gereift und opferwillig, bereit ist, mit allen Mitteln die deutsche Republik zu schützen.

Krawall in Darmstadt.

Störung der Landtagsverhandlungen.

Darmstadt, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Anlaßlich des Wiedezusammentritts des Hessischen Landtags am Dienstag hatten die Kommunisten und Nationalsozialisten eine mehrhundertköpfige Menge zum Zwecke einer Demonstration vor das Landtagsgebäude delegiert. Auch die Tribünen des Landtags waren durch rabidale Elemente überfüllt. Trotz wiederholter Verwarnungen des Präsidenten störten diese die Verhandlungen des Landtags durch Zwischenrufe und Händelaktionen. Die Störungen wurden schließlich so stark, daß die Tribünen auf Anordnung des Präsidenten durch die Polizei geräumt wurden.

Skandal über Skandal.

Lardieus Kabinett in Wien.

Paris, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Lardieu hat am Dienstag seinen Redebeiträge, auf deren Treue er augenscheinlich ein unbegrenztes Vertrauen setzt, in einem Kommuniqué mitteilen lassen, daß er nicht daran denke, zu demissionieren; denn dies hieße nichts anderes als kapitulieren.

Inzwischen ist — wie es heißt — die Untersuchungskommission im Duxrie-Skandal

zu verurteilenden Feststellungen

gekommen. Der Vorsitzende der Kommission, der reaktionäre Abgeordnete Marin, scheint auch keineswegs gesonnen zu sein, im Interesse der Regierung irgendwelche Vertuschungsmandate vorzunehmen. So hat die Kommission beschlossen, die Akten über die Zulassung des ersten Duxrie-Bertes an der Pariser Börse, der Aktien der Kunstfeldwerke Sola Blasco, sofort zu veröffentlichen. Seitdem Unglück für Lardieu kommt hinzu, daß der Untersuchungssekretär für den technischen Unterricht Villogz am Dienstag wegen einer sehr dunklen Wechselräufungssaffäre vom Untersuchungsrichter vorgeladen wurde. Außerdem will man in parlamentarischen Kreisen wissen, daß der Untersuchungssekretär im Kolonialministerium Delmont ebenfalls im Duxrie-Krach tamponiert ist.

Erfolgsnachfolger für Adolph Hoffmann im Preussischen Landtag ist die Herzlin Genossin Dr. Käthe Franken hat.

Räthe-Dorsch-Premiere.

Deutsches Künstler-Theater: „Zum Goldenen Alter“.

Liebesidyll in einer Marieser Hofentzwei. Der Jüngling hat die große Sehnsucht in die Ferne, und Fannys Liebe kann ihn nicht halten. Der Verfasser Marcel Pagnol bringt zuerst sehr hübsche Witz- und Typenzeichnungen, läßt aber dann die Komödie rettungslos ins Klüßliche abdriften. Viele Tränen rollen ins Parkett. Denn die Fanny spielt die Dorsch. Endloser Beifall noch lange nach dem Fallen des eisernen Vorhangs für sie, Jakob Tiedike und den Regisseur Heinz Hilpert. Dgr.

Wieder ein mazedonischer Mord.

Auf offener Straße der Hauptstadt.

Sofia, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Dieser Tage wurden zwei mazedonische Terroristen wegen der Ermordung eines gegnerischen Journalisten zwar verurteilt, der mitangeklagte Terrorchef Iwan Michailoff aber freigesprochen, da ihm die Anklage nicht nachzuweisen sei. Das wirkte als Ermunterung zu weiterem Terror, wie sich heute gezeigt hat:

Der mazedonische Schriftsteller und Führer Naum Tomalgewski wurde in Sofia auf der Straße ermordet. Tomalgewski, der Nachfolger des vor zwei Jahren ermordeten Generals Protogorow, hatte gegen die Terroristengruppe um Iwan Michailoff seit Monaten eine heftige Fehde geführt.

Zwischen den beiden Mördern, die mit Karabinern bewaffnet waren, und dem Selbstwächter des Ermordeten sowie dem herbeigewillten Polizisten entstand eine regelrechte Straßenschlacht, in deren Verlauf der Selbstwächter schwer und einer der Mörder leicht verwundet wurden. Nach längerem Widerstand konnten die Attentäter überwältigt werden. Sie waren von dem Terroristenführer Michailoff zu der Mordtat gedungen worden. In der Folge Tomalgewskis brachen dessen Freunde und eine große Menschenmenge in empörte Rufe gegen die Regierung Diaptychem aus, die die Mordtaten der Michailoffisten ungestraft lasse.

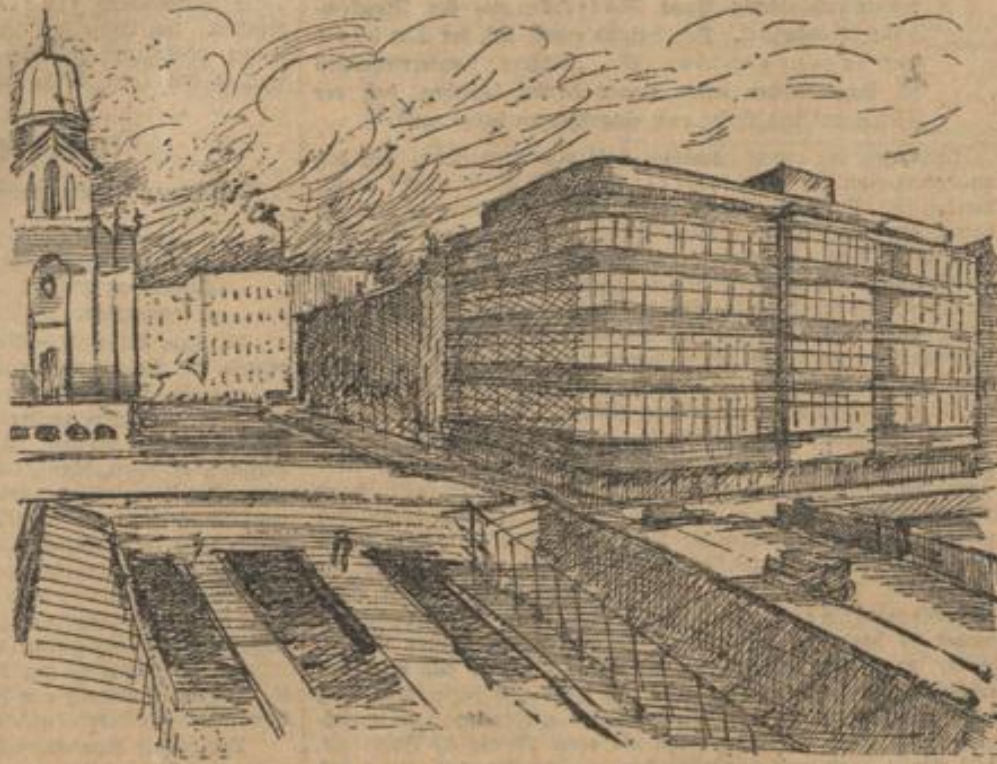
Carol und Guza.

Rasche Folge des Dogromissen-Plans.

Der rumänische König hat den wüsten Dogromheger Guza, seines Zeichens Hochschullehrer, empfangen — um sich von ihm beraten zu lassen. Zwei Tage darauf ging schon los. In Braila tagt ein Studententag, an dem hauptsächlich epirem-nationalistische Hochschüler teilnehmen. Am Montagmorgen besuchten etwa 60 Mann die Nachbarstadt Galatz, wo sie unter Geheiß in die Stadt einzogen. Hier warfen sie die Anlagen der jüdischen Gasthäuser ein und demolierten die Kassenräume der Moldauer Bank. Jüdische Postämter wurden blutig geschlagen. Die Polizei nahm eine passive Haltung ein.

Haus der Arbeit in Berlin SO.

Der Südosten Berlins — das frühere Luisenstadtviertel — erhält jetzt ein völlig neues Gesicht. Das gleichförmige und etwas eintönige Straßenbild wird von einem neuen Grünstreifen wirksam durchbrochen. Der Luisenstädtische Kanal — die Verbindung der Spree mit dem Landwehrkanal — wurde bekanntlich vor einigen Jahren zugeschüttet. Der aufgeschüttete Boden hat sich jetzt genügend gesenkt, so daß mit der Anlage des Grünstreifens in diesem Jahre begonnen werden konnte. Das eigentliche Kanalbett ist nur wenige Meter aufgeschüttet, die Einfassungsmauern sind erneuert worden und breite Treppen führen von der Straße in diese Grünanlagen. Einzelne Strecken der neuen eigenartigen Schmuckanlage sind schon vollständig fertig, so der Teil vor dem alten Berliner Gewerkschaftshaus am Engelhof. An dem ehemaligen Engelbecken ist in diesem Jahre auch schon recht fleißig gearbeitet worden. Die Mitte des Beckens soll zu einer weiten Rasenfläche ausgestaltet werden, um die herum Laubengänge gezogen werden, die dem Großstädter auch an heißen Tagen einen schattigen Ruheplatz bieten sollen. Der gesamte Grünstreifen, der dann das ganze Viertel durchschneiden wird, soll später eine einheitliche Bezeichnung und zwar Carl-Legien-Promenade erhalten.



Hoffmann, beherrscht das Straßenbild. Breite Bänder zwischen den einzelnen Stockwerken, die über die ganze Front laufen, betonen die Horizontale. Das obere Stockwerk ist etwas zurückgezogen; dadurch wird eine gute Lösung des Dachproblems erreicht. Das ganze Gebäude ist ein geschlossener Block. In diesem neuen Gewerkschaftshaus werden sämtliche Büros der im Gesamtverband zusammengeschlossenen Gewerkschaften untergebracht, außerdem eine kleine Hausdruckerei und mehrere Sitzungssäle.

Auch dieser neue Bau ist ein sichtbares Zeichen der Macht der Gewerkschaften, der Macht der organisatorisch zusammengeschlossenen Arbeiterschaft.

Auch das städtebauliche Bild dieses Viertels hat sich geändert. Neben dem roten Backsteinbau des alten organisierten Arbeiters gut bekannten Gewerkschaftshauses wuchs unmittelbar am Engelbecken ein neues Gewerkschaftshaus in die Höhe. Der Verkehrsband hat diesen Bau begonnen und jetzt wird er vom Gesamtverband zu Ende geführt. Das fünf Stock hohe Haus, ein Werk der Architekten Taut und

Tragischer Schülerelbstmord.

Tagelana umhergeirrt! — In einer Villa erschossen.

Das seltsame Verschwinden eines 14jährigen Schülers aus Zehlendorf hat mit dem Selbstmord des Jungen eine tragische Aufklärung gefunden.

Am 29. November hatte sich der 14jährige Sohn des Reichsbahnrats Rosenberg aus Zehlendorf aus der Wohnung seiner Eltern entfernt und blieb seit dem Tage verschwunden. Am vergangenen Montag hatte der Junge noch Verwandte in Köpenick, die von dem Streich nichts wußten, besucht. Von da an ging jede Spur verloren. Wie sich weiter ergab, hatte der etwas phantastisch veranlagte Schüler eine alte Pistole seines Vaters und etwas Munition mitgenommen. Da nicht angenommen wurde, und auch kein Grund zu der Befürchtung vorlag, daß sich der Junge ein Leid antun würde, hielt man mit einer Veröffentlichung der Vermisstenanzeige zunächst noch zurück. Diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erwiesen, denn noch in den gestrigen späten Abendstunden mußte den bangenden Eltern die Mitteilung vom Selbstmord ihres Kindes gemacht werden. Der Junge hatte sich, vermutlich nach todelangem Umherirren, einen Kopfschuß beigebracht.

In einer Villa in der Juttastraße in Zehlendorf bemerkten die Bewohner gegen 23 Uhr einen jungen Mann, der sich offenbar eingeschlichen hatte. Als sich der Eindringling entbeden sah, flüchtete er. Die Bewohner glaubten, einem Eindringler auf der Spur zu sein und benachrichtigten das Ueberfallkommando. Die Beamten suchten das Grundstück ab und dabei stellte es sich heraus, daß der Flüchtende in den Keller gelaufen war und sich dort einen Schuß beigebracht hatte. Das Ueberfallkommando sorgte für die Ueberführung des Schwerverletzten in das Oscar-Helene-Heim, aber bereits auf dem Wege dorthin trat der Tod ein. Es konnte dann schnell ermittelt werden, daß es sich bei dem Toten um den vermischten Sohn des Reichsbahnrats handelt.

Die Seine weiter gestiegen!

Ueberschwemmung im Austerlitz-Bahnhof.

Paris, 2. Dezember.

Die Seine ist im Laufe der Nacht um weitere zehn Zentimeter gestiegen. In der Austerlitzbrücke wurden 6,08 Meter gemessen. Das Wasser ist in die Keller des Austerlitzbahnhofs eingedrungen und wird zur Zeit ausgepumpt.

Da der Wasserzufluß von der Marne und der Dije nachzulassen scheint, hofft man, daß der kritische Punkt überwunden und auch die Seine bald wieder auf ihren normalen Wasserstand zurückgehen wird.

Berliner in Frankreich verunglückt.

Ein deutsches Automobil, das bei Montpellier in der vergangenen Nacht in die Schranken eines schlecht beleuchteten Bahnübergangs hineinfuhr, wurde von dem im gleichen Augenblick durchfahrenden Zug erfasst und etwa 200 Meter weit geschleift. Der Führer, der 45 Jahre alte Oswald Priebke aus Berlin-Wilmersdorf wurde auf der Stelle getötet. Sein Begleiter, dessen Persönlichkeit noch nicht feststeht, kurz im Krankenhaus von Montpellier. Die beiden Deutschen wollten sich nach Barcelona begeben.

Wieder ein Eisenbahnattentat!

Auf der Strecke Horn-Bedburg (Reichsbahndirektion Köln) fuhr ein Personenzug in der Nähe des Schrankenswärterpostens 2 Zieverich, zwischen den Bahnhöfen Zieverich und Pfaffenborn, auf einen Hemmschuh auf und wurde zum Halten gezwungen. Der Hemmschuh war von Unbefugten auf das Gleis gelegt worden. Für Ermittlung der Täter hat die Reichsbahndirektion Köln unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung bis zu 500 M. ausgesetzt.

Tragödie im Portierkeller.

Selbstmord und Gasexplosion.

Im Hause Potsdamer Straße 46 ereignete sich gestern früh in der Kellermwohnung des Portiers Sch. eine heftige Gasexplosion. Die herbeigerufene Feuerwehrlöschte den Portier tot auf, während seine Frau mit schweren Brandverletzungen am Kopf und an den Händen ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sch. lebte mit seiner Frau in Unfrieden, und wiederholt soll der Mann Selbstmordabsichten geäußert haben. Als Frau Sch. gestern die Wohnung verließ, um in der Stadt einige Besorgungen zu machen, beantragte der Mann ihre Abwesenheit, um sich durch Gas zu vergiften. Er drehte in der Küche die Gasähne auf, wo er sich dann auf ein Ruhebett niederlegte, um den Tod zu erwarten. Als Frau Sch. erst nach einigen Stunden heimkehrte und die dunkle Küche abungslos mit einem offenen Licht betrat, entzündeten sich die Gase unter heftiger Detonation. Durch Stichflammen gerieten die Kleider der Frau in Brand. Passanten eilten der Unglücklichen, die laut um Hilfe rufend, auf die Straße lief, zur Hilfe und brachten sie ins Krankenhaus.

Die Leiche des Selbstmörders wurde ins Schauhaus gebracht. Hier wurde festgestellt, daß der Tod durch die Einwirkung der Gase lange vor der Explosion eingetreten sein muß.

Banditen im Luxuszug.

Raubüberfall im Eisenbahnabteil.

Budapest, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Dienstag wurde in dem Simplon-Expreß unmittelbar nach der Ueberfahrt des Juges aus rumänisches Gebiet auf die Passagiere eines Einzelabteils erster Klasse von zwei maskierten Banditen, die mit Revolvern bewaffnet waren, ein Ueberfall verübt. Die Banditen raubten Juwelen und 200 000 M. Bargeld, konnten jedoch, nachdem der Zug durch Ziehen der Notbremse zum Halten gebracht worden war, verhaftet werden. Es sind internationale, in Ungarn gebürtige, Expreßzugdiebe.

Der Simplon-Expreß ist ein teurer Luxuszug und meistens ziemlich schwach besetzt. Er fährt von Paris über die Schweiz und Italien nach Südbanien und Rumänien.

In der Stube sah er das Neugeborene neben Maria liegen. Flüchtig küßte er die Wöchnerin auf die Stirn und fragte: „Ist alles gut gegangen?“

Statt ihrer antwortete die Schwiegermutter: „Schwer war es!“

„Ist's ein Junge?“

„Ein Mädchen!“ sagte Maria matt.

Da verlor er den Rest aufkeimender Freude und ging wortlos in die Kammer nebenan, um dort schriftliche Arbeiten zu erledigen.

Während Maria erschöpft den wohlthätigen Schlaf einer jungen Mutter schlief, sah Ludwig bis zum frühen Morgen über Rechnungen und Bestellscheine, rechnete und rechnete, verglich und verglich, addierte seinen Umsatz vom letzten Jahr, dachte an sein ansehnliches Guthaben bei der Bank und fand, daß seine Mühe und seine rastlose Arbeit eigentlich viel mehr hätten abwerfen müssen. Aber jetzt, wo seine Familie Zuwachs bekommen hatte, wollte er noch intensiverer Arbeitskraft einsetzen, um zu versuchen, seine Pläne zu verwirklichen: eine größere Werkstätte in einem geräumigen, modernen Fabrikgebäude. Etwa in der Frankfurter Allee.

Dann vor allem mehr Maschinen und auch neuzeitlichere. Denn das hatte er längst erkannt, daß eine Maschine, auch die kleinste, mehr leistete als zwei Gesellen zusammen.

Den Saal wollte er voller Leute stellen und dann Arbeit ranholen, Arbeit!

Wenn er dann auf dem Posten war und durchhielt, ja, dann konnte er wohlhabend, wenn nicht sogar reich werden.

Sein Bankkonto bewies ja, daß so etwas durchaus im Bereich der Möglichkeit lag. Das war vorhanden, in Belegen ausweisbar, nicht etwa nur äffender Traum. Also ran, die Summe verzehnfacht!

Er dachte an seine Tochter, die erst vor Stunden geboren.

Eigentlich war das kleine Menschenkind ein Strich durch seine Rechnung. Ein Junge wäre ihm lieber gewesen, wahrhaftig. Der Junge hätte dann später sein Nachfolger werden können. Der hätte es mal leichter gehabt als er. Er hätte den Knaben auf eine der neumodischen Gewerbeschulen geschickt, die jetzt überall eingerichtet wurden. Da konnte er was lernen und brauchte nicht derartige Schinderjahre durchzumachen, wie sie ihm beschieden gewesen waren. Doch vorläufig war der Junge noch gar nicht da. Wer weiß, ob der überhaupt kommen würde.

Eine steile Sorgenfalte stellte sich in seine Stirn. Aber rasch glättete sie sich wieder. Vielleicht war ihm doch das Glück hold und Maria gebar ihm einen Sohn. Was aus der Tochter werden könnte, darüber zerbrach er sich jetzt nicht den Kopf. Da war in zwanzig Jahren noch Zeit dazu.

Der neue Arbeitstag graute schon durch die Fenster, als er sich angekleidet auf sein Bett warf, um wenigstens einige Stunden zu ruhen. Ueberm Einschlafen mußte er an Hundstötter denken, dem er kürzlich von seinen Plänen gesprochen hatte.

Der alte Patriarch hatte sich ehrlich über seine kühnen Absichten gefreut und hatte ihm seine volle Unterstützung zugesagt. Doch gleich darauf, noch während er die Brille putzte, waren ihm Bedenken gekommen, und er hatte Ludwig gewarnt, seine Pläne jetzt schon zu verwirklichen.

„Warum Sie ein kleines Jährchen, Meister Eifermann, dann ist sicher eine bessere Zeit!“ hatte er gesagt.

Noch ein Jahr Aufschieben? Das paßte absolut nicht in Ludwigs Programm. Aber warum hatte Hundstötter das gesagt? Irgendeinen Grund muß er doch dafür gehabt haben! Aber welchen?

Diese Frage wühlte so in Ludwigs Kopf, daß er überhaupt nicht zum Einschlafen kam.

Schon eine Stunde später erhob er sich und lief in die Werkstätte. Doch auch da, im Kreischen der Sägen, fand er die Antwort auf die Hundstöttersche Warnung nicht.

Das Rätsel sollte sich ihm schon noch lösen, erschrecklich genug. Aber erst später, wochenlang später.

Der Schlag kam für Ludwig ganz unerwartet.

Als er eines Sonntags bei Hundstötter mit der Schlussabrechnung vor sprach, ließ sich der Alte nicht blicken.

Nur Hundstötter junior sah allein in dem verwaisten Büro.

Er zahlte Ludwig nicht bar aus, sondern gab ihm einen Scheck.

„Aber beeilen Sie sich, damit Sie noch rechtzeitig auf die Bank kommen!“ sagte er dabei.

Das wunderte Ludwig. Ueberhaupt das ganze Gebaren. Wie kam die Firma Hundstötter, Galanteriewaren engros, zu Schecks? Sie setzte doch sonst ihren Stolz darein, alles in bar zu begleichen.

Auf der Straße bestieg Ludwig die nächste Pferdebahn und fuhr nach seiner Bank. (Fortsetzung folgt.)

W. Seemann & Wöhle
Unternehmer...

Sein Blut wallte heiß und das ihre bedurste nur des Anstoßes. Er legte den Kern zu einem neuen Leben in Marias Schoß. Von dieser Stunde ab war sie gefügig und folgte ihm willig.

Nach den Festtagen nahm er mit voller Kraft seine Tätigkeit wieder auf. Eine innere Stimme sagte ihm, daß er jetzt sich noch mehr abradern müsse als früher. Er hatte eine Reihe von Plänen im Kopf, und wenn die sich verwirklichen sollten, so hieß es für ihn, Geld herbeizuschaffen. Mit jeder Mark, die er verdiente, peitschte er sich auf. Es wuchs seine Gier nach Besitztum und Macht.

Um seine Frau kümmerte er sich außerhalb des Bettes nicht viel.

Abends, um sieben, wenn die Gesellen Schlaf gemacht hatten, kam sie zu ihm in die Werkstätte und brachte ihm das Abendbrot. Während er aß, plauderte er mit ihr über die Tagesereignisse, soweit er ihnen zu folgen vermochte.

Sie fügte sich überraschend schnell in seine geschäftliche Art des Denkens, verlangte nicht mehr viel von ihm, stellte gar keine Ansprüche und war schon zufrieden, wenn er nicht allzu spät von der Arbeit kam, damit sie mit ihm das Bett teilen konnte. Das schien ihr und auch ihm zur Zeit der Inbegriff alles Schönen in der Ehe; denn weiter kannten sie nichts. Höhere geistige Interessen, die sie hätten verbinden können, besaßen sie nicht. An beider Himmel strahlte nur eine Sonne: Geld, Geld, Geld!

Eines Tages kam Maria am Abend nicht in die Werkstätte.

Ludwig wußte, warum.

Er machte die Werkstätte eine Stunde früher zu als gewöhnlich und eilte im Laufschrift den kurzen Weg zu seiner Wohnung.

Als er die Korridor tür aufschloß, drang ihm Kinder-schreien entgegen.

Die entscheidende Frage.

Ordnung der Reichsfinanzen — Vorbedingung für Wirtschaftsgesundung.

Vor den Spandauer Sozialdemokraten sprach in einer öffentlichen Mitgliederversammlung, die vom Kreisvorsitzenden Adolf Guth geleitet wurde, Paul Herr über den Kampf gegen Faschismus und Wirtschaftskrise.

Die Beendigung der Wirtschaftskrise und die Überwindung der schweren Depression im deutschen Wirtschaftsleben ist im Augenblick die große Aufgabe, die unter Einsetzung aller Kräfte gelöst werden muß. Vorbedingung für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage aber ist die Ordnung der öffentlichen Finanzwirtschaft. So lange wir nicht mit aller Energie unsere Finanzen in Ordnung bringen, werden die ausländischen Kapitalisten nicht aufhören, ihre in Deutschland investierten Milliarden zurückzuziehen. Ohne Bereitstellung ausländischer Kredite aber ist eine Anhebung der deutschen Wirtschaft nicht möglich. Nur auf der Basis einer geordneten Finanzwirtschaft kann aber auch der Kampf um die Ermäßigung der Reparationslasten geführt werden.

Das Reiprogramm des Reichstagslers, von dem die Regierung behauptet, daß von seiner Annahme der Kredit Deutschlands, also die Überwindung der Arbeitslosigkeit abhängt, hat keine Wahrheit im Reichstag. Was soll nun geschehen? Das ist die entscheidende Frage. Werden die alte Regierung gestürzt und komme eine neue Regierung, die sich wieder auf die jetzigen Regierungsparteien stütze, so bleibe natürlich der Kurs der alte. Eine solche Regierungstürzeri habe deshalb keinen Sinn. Man würde eine Mehrheitsregierung zu bilden suchen. Bei dem augenblicklichen Kräfteverhältnis im Reichstag würde die Regierungsmehrheit mit der Sozialdemokratie nicht gemacht werden können. Es würde also eine Rechtsregierung Hitler-Hugenberg drohen! Käme diese Regierung zustande, würde das die Auslieferung der Macht auch in Preußen an die Nazis bedeuten. Die Sozialdemokratie werde deshalb mit allen Mitteln die Bildung einer solchen Rechtsregierung zu verhindern haben.

Wir führen den Kampf gegen Faschismus und Diktatur, weil es die deutsche Arbeiterklasse vor neuer Annektung und Unterdrückung zu schützen gilt. Arbeiterpolitik und Staatspolitik sind im demokratischen Staat dasselbe. Das Interesse der Arbeiterklasse kann nur gewahrt werden in einem modernen demokratischen Gemeinwesen. Wer erkannt hat, daß Nationalsozialisten und Kommunisten mit aller Kraft auf die Diktatur hinarbeiten, die für die Arbeiterklasse keine Besserung, sondern nur eine ungeheuerliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen kann, wird den Kampf mit uns führen, treu zur Fahne halten und eifrig und gewissenhaft seine Pflicht als Sozialist tun.

Die Überwindung der Wirtschaftskrise aber wird zu einem neuen Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie führen.

Die vier von der Tankstelle.

Ein Taschentuch als Revolver.

Ein Raubüberfall, der in der Nacht zum 29. September auf die in der Thomasstraße in Neukölln gelegene Tankstelle verübt worden war, fand vor dem erweiterten Schöffengericht Neukölln sein Nachspiel.

Wegen Raubes hatten sich vier junge Leute zu verantworten. Die Angeklagten, zum Teil schon vorbestraft, wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Sie drangen in die Tankstelle ein und erbeuteten zwei Motorräder mit Beiwagen. Zwei von ihnen gingen auf den Hof der Tankstelle, wo sie angeblich fünf Liter Benzin kaufen wollten. Um den 70jährigen Wächter in das Kontor zu locken, verlangten sie eine Zigarette. Jetzt zog der eine einen Revolver, mit dem er den Preis in Schach hielt, während der andere das Benzin in dem Raume ausgoß und drohte, die ganze Bude in Brand zu setzen. Der Wächter, völlig eingeschüchtert, wogte keinerlei Widerstand, obwohl, wie sich später herausstellte, die „Waffe“ lediglich ein Feuerzeug war, das die Form einer Pistole besaß. Die Räuber fuhren auf gestohlenen Motorrädern davon.

Trotz der Schwere der Tat billigte das Gericht den Angeklagten mildernde Umstände zu, um sie vor dem Zuchthaus zu bewahren. Sie erhielten zwei bis drei Jahre Gefängnis.

Herabsetzung der Kokspreise.

Achtung auf die Umlagen der Hauswirte.

Der Amtliche Preisdienst teilt mit, daß in Verhandlungen zwischen dem preussischen Handelsministerium und der Berliner Koksvereinigung für westfälischen Schmelzkoks gegenüber dem Preis von 2,91 M. je Zentner eine Herabsetzung auf 2,78 M. frei Keller festgelegt worden ist. Der entsprechende Vorjahrespreis, mit dem zu vergleichen ist, habe 3,02 M. betragen. Die Preise für die übrigen gehandelten Koksarten sollen ebenfalls eine angemessene Herabsetzung erfahren. Die neuen Preise treten mit dem 3. Dezember in Kraft.

Der westfälische Schmelzkoks Bred I, der in Frage kommt, wurde ab 1. Dezember von 31,03 auf 28,30 M. je Tonne oder um etwa 9 Proz. ermäßigt. Die Berliner Kokspreiserhöhung beträgt gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nur etwa 8 Proz. Es ist uns bekannt geworden, daß ab 20. Oktober dieses Jahres der Berliner Gaskoks von der Gaskoksvertriebs-G. m. b. H. (Wirtschaftliche Vereinigung Deutscher Gaswerke) gegenüber den Koksgebern um 6 Pfennig ermäßigt worden ist. Man hat nichts davon gehört, daß diese Ermäßigung auch den Verbrauchern zugute kam. Hoffentlich wird diese Sonderermäßigung in der Preisliste der Berliner Koksvereinigung berücksichtigt.

Es wird Sache der Konsumenten in den Dampfheizungsanlagen sein, daß sie auf diese Berücksichtigung der Preisermäßigungen in den Koksrechnungen der Hauswirte achten.

Weihnachtsbitte der Gefangenen. Der Direktor des Strafgefängnisses Plöthen schreibt uns: Zum Weihnachtsfest bitten auch in diesem Jahre die rund 700 Gefangenen in Plöthen und deren Familien um eine bescheidene Weihnachtsgabe. Ihnen zu helfen, rufen wir mitleidende Herzen auf, uns mit Mitteln an Geld und Geldwerten, Kleidung, Heizmaterial und Lebensmitteln jeglicher Art zu versehen. Wir vertellen alle Gaben ohne Ansehung des religiösen Bekenntnisses. Auf fernmündlichen Antrag (Roabit, 9233/4, oder auf schriftliche Mitteilung, sind wir jederzeit gern bereit, etwaige Zuwendungen abholen zu lassen. Geldspenden bitten wir auf Postsparkonto „Berlin 14318“ an die Strafgefängnisse Plöthen zu überweisen.

Der sonderbare Fremde.

Neue Rätsel im Mordfall Matzke. — Eine wichtige Zeugin meldet sich.

Im Schauhaus wurde gestern die Leiche der ermordeten Konfektverkäuferin Anna Matzke aus der Treskowstraße 27 obduziert. Der Befund ergab, daß der Tod durch Erwürgen eingetreten ist. Leichtere Hautverletzungen des Schädeldaches lassen ferner darauf schließen, daß der Mörder auf sein Opfer auch eingeschlagen haben muß.

Gegenüber der ersten Annahme steht nun einwandfrei fest, daß an der Greisin ein Stillschleitsverbrechen nicht verübt worden ist. Durch die Feststellung wird der Mord nur noch rätselhafter, denn auch von den Hauptgeheimnissen der alten Frau ist nicht das Geringste gerrathet worden. Die Vermutungen über die Motive bewegen sich nach den verschiedensten Richtungen. Der Annahme, daß der Täter die Absicht gehabt habe, den Geldbriefträger im Laden bei der Auslieferung des kleinen Betrages von 1,75 Mark zu überfallen und zu berauben, steht die Tatsache gegenüber, daß der Inhalt der Brieftasche und etwa 300 Mark Bargeld völlig unberührt geblieben sind.

Die Mordkommission hat in den letzten Tagen eine Reihe von Zeugen vernommen. Die größte Bedeutung ist der Aussage einer Frau beizumessen, die am Freitagmorgen gegen 5 Uhr mit dem Mörder gesprochen zu haben scheint. Die Frau, deren Weg zu ihrer Arbeitsstelle durch die Treskowstraße führt, wurde von einem jungen Mann angesprochen, der aus dem Turm des Hauses Nr. 27 heraustrat. Unter anderem fragte er, ob Frau Matzke eine Zeitung bekomme. Als die Frau erwiderte, woher sie das wohl wissen sollte, forderte der sonderbare Fremde weiter, ob sie ihm sagen könne, wann der Postbote zum erstenmal erscheine. Auch das verneinte die Frau und zeigte ihren Weg fort. Sie hat noch gesehen, wie der Mann wieder ins Haus zurückging. Die Zeugin beschreibt ihn als etwa 25 bis 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, mit dunkelblondem zurückgekämmtem Haar und kahlm Köpfchen. Er trug einen dunklen Jacketanzug. Nach diesen Angaben ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß es dieser Mann ist, den eine Freundin der Ermordeten, die am Freitagvormittag vorkam, im Laden antraf und der sich als Bruder der Frau Matzke vorstellte.

Die geheimnisvolle Postanweisung hat der Täter zweifellos unter Verwendung fingierter Namen an sich selbst ausgegeben. Im Laufe des heutigen Tages werden an den Anschlagstätten photographische Reproduktionen der Postanweisung sowie Briefe mit einer Reihe von wichtigen Fragen erscheinen.

Zwei freche Ueberfälle.

Neuköllner Parteigenosse im Hausflur niedergeschlagen.

In den gestrigen Abendstunden wurden in Neukölln und in der Nähe der Siedlung Thielallee zwei Raubüberfälle ausgeführt. In beiden Fällen gelang es den Tätern, zu entkommen.

Bei dem Ueberfall in Neukölln ist das Opfer ein älterer Parteigenosse, der Kaufmann Böwenthal, der gegen 20 Uhr in seine in der Stuttgarter Str. 53 gelegene Wohnung zurückkehrte. Er ist Grundstücksverwalter und besorgte zum Monatswechsel die Einziehung der Mieten. Im Hausflur trafen ihn plötzlich zwei Burschen entgegen, schlugen ihn nieder und raubten ihm die Aktentasche. Der Ueberfallene konnte noch um Hilfe rufen, so daß Passanten und Hausbewohner aufmerksam wurden. Ein junger Mann beobachtete, wie die Verbrecher nach der Roseggerstraße liefen, in eine dort stehende Autodrochke sprangen und davonfuhren. Die Nummer des Wagens konnte festgestellt werden. Sonderbarerweise erfolgte das Licht über dem Nummernschild, kurz nachdem sich die Tage in Bewegung gesetzt hatte.

Die Enttäuschung der Räuber wird groß gewesen sein, denn die Ledertasche enthielt nur Aktien, die für sie völlig wertlos sind. Böwenthal hat Kopf- und Gesichtsverletzungen erlitten.

Der zweite Raubüberfall wurde auf die Frau des Oberregierungsrats Dr. Zeller aus der Margarethenstraße in Lichterfelde verübt. Frau Z. ging kurz nach 17 Uhr die Ihnesstraße entlang, die über freies Gelände führt. Hinterrücks wurde sie von einem etwa vierzig Jahre alten Manne angefallen, der sie am Halse würgte und die zu Tode Erschrockene niederwarf. Dann entließ er die Frau die Handtasche, die 17 M. enthielt, und flüchtete.

Protest der Gemeindebeamten.

Gegen Rechtslosmachung und Sonderbelastung.

Der Reichsbund der Kommunalbeamten und -Angestellten Deutschlands veranstaltete gestern im Zirkus Busch in Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverwaltungen eine sehr gut besuchte Kundgebung gegen die Rechtslosmachung und Sonderbelastung der Beamten und Angestellten in den deutschen Kommunalverwaltungen und öffentlichen Körperschaften.

Die Versammlung verwehrt sich gegen den Gehaltswurf der Reichsregierung über die Einschränkung des Personalauswandes in der öffentlichen Verwaltung. Die Redner, Magistratsrat Guschmidt-Berlin, Bundesdirektor Stadtrat a. D. Ehrmann, Bundespräsident Rechtsanwalt Siegmund München und der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Flügel verlangten von der Reichsregierung die Zurücknahme des Entwurfs. Sie appellierten an den Reichstag, den Vorschlag der Regierung zurückzuziehen. Es handelte sich um ein Sperrgesetz, das eine Sonderbelastung gerade der Beamten und Angestellten in den Kommunen bedeute. Gewiß sei die Beamten- und Angestelltenfrage der Kommunen und öffentlichen Körperschaften immer für einen vernünftigen Ausgleich in Ansehung der Notlage der Gesamtheit gewesen, aber es gehe nicht an, daß gerade diese Beamtenfrage ohne die notwendigen ausreichenden Rechtsgarantien bliebe und so besonders stiefmütterlich behandelt werde. Die verantwortungsvolle staatsreue Arbeit dieser Beamten- und Angestelltenfreie mache es für die Verwaltung von Reich, Ländern und Kommunen zur unabweislichen Pflicht, sie vor einer Entrechtung zu schützen, deren Folgen auf die Verwaltung notgedrungen schädlich wirken müßten.

In einer Entschließung, die den zuständigen Stellen im Reich, vornehmlich dem Reichstanzler, dem Reichsminister des Innern und dem Reichsminister der Finanzen sowie den Behörden in Ländern und Kommunen zugehen wird, fand die Meinung der Kommunalbeamten und Kommunalangestellten bei einstimmiger Annahme ihren Niederschlag.

Kulturpolitik und Freidenkertum.

Der Deutsche Freidenkerverband hatte seine Funktionäre zu einer Ansprache eingeladen. In seinem Referat sprach Genosse Max Sievers von den drohenden Gefahren, die der Gesamtarbeiterklasse auf dem Gebiete der Kulturpolitik in gegenwärtiger Situation entstehen.

Der Redner zeichnete in großen Zügen und in Einzeldarstellungen auf, wie die Kirche immer mehr dazu übergehe, den Kampf gegen den Sozialismus zu führen, den Bolschewismus nenne man und die Arbeiterbewegung luche man zu treffen. In Bayern sei durch Verfügung der religiöse Unterricht bereits in den Fortbildungsschulen obligatorisch eingeführt worden, dort verbiete man Versammlungen der Freidenker und erschwere die Kirchenaustrittsbewegung. In Braunschweig und Thüringen betätige sich die Naziregierung offensichtlich im Bunde mit der Kirche. In der Diskussion wandten sich einzelne Genossen gegen das Hineintragen eines Gegenjahres zwischen Freidenkertum und Partei. Es müßte ein Weg gefunden werden, beide Teile in gemeinsamer Arbeit zu verbinden. In einer angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Die heutige Versammlung sozialdemokratischer Funktionäre des Freidenkerverbandes fordert den Abbruch der Verhandlungen, die das Staatsministerium mit der evangelischen Kirche führt. Ebenso fordern wir mit aller Entschiedenheit, daß nun endlich die Anstellung der nichtdeutschen Lehrerschaft durchgeführt wird. Es ist ein schweres Unrecht, das diesen Lehrern wegen ihres weltanschaulichen Bekenntnisses angetan wird. Die Verweigerung ihrer Anstellung steht auch im Widerspruch zum Geist und Wortlaut der Weimarer Reichsverfassung und bedeutet gleichzeitig eine feindselige Parteimahne gegen die Verweltlichung des Schulwesens.“

Der Ortsverein Berlin-Weißensee des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntag, dem 7. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Hochschulbrauerei Krummer See Straße ein Arbeiterkammerfest, an dem über 1000 Teilnehmer am Festzug unter Leitung des Reichsbannerführers H. Habermann teilnahmen.

Neue Wege der Heilkunst.

Nach den Plänen des bekannten Berliner Frauenarztes Dr. Heinz Zitel hat die „Ärzte-Gesellschaft“ an den Ufern der Havel bei Gatow ein vollkommen neuartiges Forschungsinstitut für Frauen-Geschwulstkrankheiten errichtet, das kürzlich feierlich eingeweiht wurde. Das Institut arbeitet nach einem neuen Heilverfahren, das verstümmelnde Eingriffe und Arzneigifte vermeiden will. Man will durch die „lebende Apotheke“ heißen: Aus besondern Tier- und Blütenfarmen sollen lebende Heilkräfte von lebenden Organismen entnommen und für jeden Patienten besonders abgestimmt, auf die Kranken übertragen werden.

Zu der Einweihung hatten sich neben Gelehrten, Diplomaten und hohen Beamten zahlreiche Ärzte eingefunden. Der Hauptredner des Abends, Dr. med. Heinz Zitel, sprach über seine Heilmethode, unterstützt durch Demonstrationen und mikroskopische riesenhafte vergrößerte Lichtbilder. Die Experimente wurden von mehreren Ärzten, die nach ihm sprachen, als neuer Weg der Heilkunst begrüßt. Dr. Zitel hofft mit den frischlebenden Reizstoffen nicht nur Geistesstörungen, Nervenschwäche und Geschlechtschwäche heilen, sondern auch schwierige Operationen ersparen zu können.

Warnung vor der „Erwerbslosenhilfe“.

Das Landes-Wohlfahrts- und Jugendamt erklärt: „Im Nordwesten Berlins besteht seit einiger Zeit ein Gewerbebetrieb unter der Bezeichnung „Erwerbslosenhilfe“. Dieses Unternehmen vertreibt Scheuertücher im ambulanten Handel von Haus zu Haus durch Erwerbslose, die mit einem gedruckten Ausweis versehen sind, der an verschiedenen Stellen das Wort „Erwerbslosenhilfe“ enthält. Wiederholte Anfragen veranlassen uns, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß der Gewerbebetrieb „Erwerbslosenhilfe“ weder mit den Arbeitämtern noch mit der städtischen Wohlfahrtspflege irgend etwas zu tun hat, sondern ein privates Erwerbsunternehmen ist.“

Antifaschistische Kundgebung in Köpenick.

Auch eine Kundgebung in Köpenick gestaltete sich zu einem großen Erfolg für die Sozialdemokratie. Alle proletarischen Organisationen beteiligten sich an dieser Demonstration gegen den Faschismus. Ein nicht endenwollender Zug bewegte sich durch alle Stadtteile des 16. Bezirks. Vom uniformierten Reichsbanner geführt und beendet wurde der Zug überall jubelnd begrüßt. Immer größer wurde die Zahl der Demonstranten. Man hatte den Eindruck, daß jeder der Teilnehmer seine Wünsche vor dem Faschismus, seinen Protest gegen die finstere Reaktion sichtbar bekunden wollte. Als Abschluß der von prächtigem Herbstwetter begünstigten Demonstration kennzeichnete Genosse Litta in einer Ansprache auf dem Wilhelmplatz das Wesen dieser maulstarken Gesellschaft. Nach dem Satz: „An ihren Führern sollt ihr sie erkennen“ beleuchtete er Aussprüche und Taten der Naziführer. Es war dem Redner leicht zu beweisen, daß die Hakenkreuzer mit der sozialistischen Wank nur Handlangerdienste für den Kapitalismus leisten. Der Appell zur verstärkten Aktivität in den eigenen Reihen fand begeisterten Widerhall. Wer den langen Zug sah, wer den geschlossenen Aufmarsch in Köpenick miterlebte, wird von neuem davon überzeugt sein, daß der Sozialismus durch keine der wüstensten nationalfaschistischen Gewaltparolen niedergeschrieben werden kann.

Herr Goebbels kneift nach wie vor.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte standen gestern Nachmittag drei Strafprozesse gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Josef Goebbels zur Verhandlung an. Beim Aufstuf der drei Sachen ergab sich, daß Dr. Goebbels trotz rechtzeitig erfolgter Wadung auch diesmal wieder nicht vor Gericht erschienen war. Es lag auch von ihm keine Mitteilung vor. In dem ersten Prozeß handelt es sich um eine Beleidigung des Polizeipräsidenten Dr. Weiß, in dem zweiten Prozeß um die Beleidigung von zwei Polizeibeamten und bei der dritten Anklage um eine Auffreizung zum Klassenhaß. Auf Antrag von Staatsanwaltschaftsrat Fischer beschloß das Gericht die Verurteilung und behielt sich weitere Schritte vor, da wegen der Immunität gegenwärtige Zwangsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Verstaubter Zauber.

Und die Berliner „Geheimratsviertel“ haben ihre Geschichte. Noch vor 300 Jahren wohnten die Berliner Geheimräte im Berliner Zentrum, in der Fischer- und Klosterstraße.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik sind bei den Bezirkssekretariaten...

- 1. Kreis Wehrens. Heute, Mittwoch, 3. Dezember, 19% Uhr, bei Reuter, Secker, 62, Sitzung der Abteilungsleiter...

Heute, Mittwoch, 3. Dezember.

- 24. Vgl. Charlottenburg. 20 Uhr im Berliner Klub, Währburger Str. 17, Verhandlung und Funktionserklärung. Abrechnung der Sammelkassen.

Morgen, Donnerstag, 4. Dezember.

- 1. Vgl. 19% Uhr bei Spies, Mehrer, 1, Funktionserklärung.

Bezirksauskunft für Arbeiterwohlfahrt.

Seminar für Wohlfahrtsarbeit. Der Kurier über „Wohlfahrt“ findet am Freitag, 3. Dezember, regelmäßig im Saphir-Saal...

1. Kreis Wehrens. Donnerstag, 4. Dezember, 19% Uhr, im Sitzungssaal...

- 1. Kreis Wehrens. Donnerstag, 4. Dezember, 19% Uhr, im Sitzungssaal des Reichsausschusses...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Witze: Am Sonnabend Nachmittag alles selber nach Tiefenreife. Treffpunkt: 10% Uhr am Schützenplatz...

Geburtsstagen, Jubiläen usw.

21. Vgl. Interim Genossen Richard Böhl, Lichtenhagen Str. 8, und seiner lieben Gattin zur Silberhochzeit...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 23. Vgl. Tempelhof. Am Sonntag, 26. November, verstarb unser Genosse Carl...

Funkwinkel

Bruno Frants Komödie „Sturm im Wasserglas“ hat bereits den Bühnenerfolg hinter sich. Jetzt erlebte man sie auch als Hörspiel...

Aus der Partei.

Der britische Arbeiterabgeordnete Baker ist, nur 55 Jahre alt, gestorben. Er war viele Jahre Angestellter der Postbeamtengewerkschaft...

Allgemeine Wetterlage.



Auch am Dienstag dauerte im größten Teile Deutschlands das heftige, aber trübe Wetter fort. Allein am Rhein und im Saale-Sachsen trat zeitweise Aufhellung ein...

Wetterausblick für Berlin: Bei östlichen Winden weiterhin beständig, aber etwas kühler als am Dienstag, nur zeitweise etwas aufhellend...

Kaufen Sie Ihre Weihnachtsbescheren jetzt und zahlen Sie die erste Rate Anfang Januar. So lautet die Probe, unter der das in allen Kreisen bekannte Haus für Qualitätswaren...

Leinwand, wie die Berge vor 100 und mehr Jahren ihren Soldaten den Genuss des natürlichen Nahrungsmittels anleiten...

Advertisement for Adolph Hoffmann, a 73-year-old man who passed away on Monday evening. Includes name of widow Mariha Hoffmann.

Advertisement for the German Metalworkers' Union (Deutscher Metallarbeiter-Verband) regarding death notices.

Advertisement for Gertrud Andros, a 50-year-old woman who passed away on Wednesday.

Advertisement for Karl Nitschke, a 66-year-old man who passed away on Tuesday.

Advertisement for Bekleidung (Clothing) for ladies and gentlemen, offered in 3 monthly installments.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorabendkonferenz

heute, pünktlich 19% Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichsausschusses Wehrens, Poststr. 11...

Abteilungsmitgliederversammlungen, heute, 19% Uhr.

- Schwandbäumen, A. 1. Beim Götterburger Str. 2. Schwandbäumen II: Beim Christenfeld 28...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsleiter: Berlin S 14, Cebastianstr. 37-38, Sol 2. Et. Mittwoch, 3. Dezember...

Large advertisement for 'Staatt. Fachingen' (Professional Engineers) with a logo and contact information.

Advertisement for 'Zu Hastrinkuren' (For drinking cures) for ailments like kidney, bladder, and rheumatism.

Die Steuer gegen Spekulanten
Ueberflüssige Sorgen der bürgerlichen Presse.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Antrag eingebracht, wonach der Spekulationsparagraf des Einkommensteuergesetzes gestrichen werden soll. Nach diesem Paragraphen werden als einkommensteuerverpflichtete Spekulationsgewinne Veräußerungsgewinne nur dann angesehen, wenn die Grundstücke oder Wertpapiere kurze Zeit nach ihrem Erwerb wieder losgeschlagen werden. Wartet ein Spekulant mit dem Verkauf seiner Spekulationsobjekte länger als drei Monate bei Wertpapieren und zwei Jahre bei Grundstücken, vielleicht in der Hoffnung, daß die Kurse und damit seine Veräußerungsgewinne weiter steigen werden, dann bleiben diese Gewinne steuerfrei. Der sozialdemokratische Antrag will also alle Veräußerungsgewinne steuerpflichtig machen, gleichgültig, wieviel Zeit zwischen dem Erwerb und der Veräußerung der Objekte verlossen ist.

Tatsächlich wurde bisher nur ein Teil dieser Gewinne erfasst. Freilich würden durch den sozialdemokratischen Antrag neben den reinen Spekulationsgewinnen auch Veräußerungsgewinne in solchen Fällen getroffen werden, in denen im Erwerb der Vermögensanlage keine spekulative Absicht zugrunde lag.

In der bürgerlichen Presse wird der sozialdemokratische Antrag deshalb angegriffen, aber mit Unrecht. Erstens gibt es kein objektives Merkmal dafür, ob ein Veräußerungsgewinn einen spekulativen Charakter trägt oder nicht. Und zweitens stellt jeder Veräußerungsgewinn einen unverdienten Wertzuwachs dar, dessen Besteuerung als Einkommen ebenso gerechtfertigt ist wie die Besteuerung von Kapitalgewinnen. Uebrigens könnte eine solche Ausdehnung der Einkommenbesteuerung auf sämtliche Veräußerungsgewinne als ein gewisser, wenn auch bescheidener Ersatz für die aufgehobene Vermögenszuwachssteuer gelten.

Dann sollen aus der Annahme des sozialdemokratischen Antrages schwere Hemmungen für den Kapitalverkehr zu befürchten sein: Hemmung des Börsenverkehrs und des jetzt erwünschten Wiederanstiegs der Kurse. Befürchtungen dieser Art werden z. B. von der „Frankfurter Zeitung“ ausgesprochen, und die ungünstigen Wirkungen, die sich aus derartigen Hemmungen des Börsenverkehrs ergeben müßten, wurden in den schwärzesten Farben geschildert.

Die Argumentation der „Frankfurter Zeitung“ geht aber vollständig daneben. Rein finanziell muß gesagt werden: Wenn wirklich der Börsenverkehr durch die Hoffnung belebt werden sollte, daß man Papiere, die man jetzt kauft, später zu einem höheren Kurse wieder losschlagen kann, dann liegt der spekulative Charakter dieser Effektkäufe offen zu Tage, und die Besteuerung der Veräußerungsgewinne aus dieser Quelle rechtfertigt sich von selbst. Denn auch das geltende Gesetz will ja die Spekulationsgewinne besteuern, und eine solche Besteuerung wird von der Steuerreform und dem — in diesem Falle zweifellos gefunden — Volksempfinden auch verlangt. Wenn das geltende Gesetz nur einen Teil dieser Spekulationsgewinne erfasst, nämlich die Gewinne aus jenen Papieren, die im Verlauf des Wiederanstiegs der Kurse gekauft, aber bereits innerhalb dreier Monate wieder abgestoßen worden, so ist damit eben der Beweis erbracht, daß das geltende Gesetz unvollkommen und reformbedürftig ist.

So viel ist volkswirtschaftlich natürlich klar, daß jede Besteuerung von Spekulationsgewinnen die Antriebe zur Spekulation etwas hemmt und damit die Lebhaftigkeit des Börsenverkehrs etwas beeinträchtigt. Wenn man daraus aber ernste Gefahren für die Volkswirtschaft befürchtet, dann müßte man so konsequent sein, um der Wiederbelebung des Börsenverkehrs willen die Steuerfreiheit für sämtliche Spekulationsgewinne zu verlangen. Wer würde aber so weit gehen wollen, der Börse um diesen Preis frisches Leben einzubringen. Uebrigens kommt es nicht auf die Lebhaftigkeit des Börsenverkehrs an, sondern letzten Endes entscheidet über die Kursgestaltung und damit über die Zuführung von Kapital in die Wirtschaft die Kaufkraft der Marktes für Kapitalanlagen überhaupt. Aber selbst eine leichte Verschiebung der Kapitalanlagen zugunsten der festverzinslichen Papiere und zugunsten der Aktien könnte nur vorübergehend sein. Denn wenn sich die Lage jener Unternehmungen, deren Aktien heute sehr tief stehen, wieder bessert, dann steigt die Rendite ihrer Aktien so stark, daß eine Kursbesserung auch dann eintreten muß, wenn eventuell erhoffte Veräußerungsgewinne besteuert werden.

Man soll also nicht den Teufel an die Wand malen und ein Wehgeschrei über die Bemühungen der Sozialdemokratie erheben, in einer Zeit, in der von der arbeitenden Bevölkerung die schwersten Opfer verlangt werden, die Kapitalgewinne gerade dort schärfer anzufassen, wo die Produktion davon mindestens nicht geschädigt werden kann.

Wieder normales Reichsbankgeschäft.

Die Reichsbank wurde zum Novemberende für neue Kredite nur in relativ geringfügiger Weise in Anspruch genommen. Die Wechselbestände erhöhten sich um 399,9 auf 2003,1, die Lombarddarlehen um 170,2 auf 231,5 und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 97,9 auf 105,9 Millionen Mark. Die fremden Gelder gingen um 20,8 auf 331,4 Millionen zurück. Diese relativ geringe Kreditvermehrung am letzten Wirtstags vor Weihnachten ist leider kein gutes Zeichen für die Wirtschaftslage.

Der Umlauf der Reichsbanknoten hat sich entsprechend diesen Veränderungen um 647,0 auf 4691,3 Millionen erhöht; die Goldbestände blieben mit 2180,0 Millionen wieder fast unverändert, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen haben sich um 15,0 auf 524,8 Millionen vermehrt. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold und Devisen ging von 68,0 auf 58,8 Proz. zurück.

Gegen Ende Oktober sind die Wechselbestände um rund 300, die Lombarddarlehen um rund 80 Millionen Mark niedriger. Dagegen hat sich der Bestand an bedienungsfähigen Devisen um rund 326 Millionen Mark erhöht. Diese Veränderungen sind ein sehr deutliches Zeichen für die bei der Reichsbank wieder eingetretene Normalisierung des Kreditgeschäfts nach den stürmischen Schwankungen, die die Septembermonaten gebracht hatten.

Ausländische Aufträge für Siemens. Die Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin hat an Siemens einen Auftrag von zwei Großturbinen für ein russisches Kraftwerk erteilt. Ueberdem ist auch vom polnischen Postministerium für den Ausbau der Fernabschaltstraße Warschau-Tschachowowatei ein größerer Auftrag an Siemens u. Hulske geflossen.

Schweigen um die Markenartikel!

Ist Herrn Brüning die Preissenkungsaktion schon erfolgreich genug?

Am 16. August hatte eine Mehrheit im Reichswirtschaftsrat der Regierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Verkäufer für die Lebens- und Genussmittel, die in der Form der Markenware vertrieben werden, aufzuheben. Wenn man diesem Vorschlag damals gefolgt wäre, so hätte man nicht nur sicherlich eine weitergehende Senkung der Preise für diese preisgebundenen Markenartikel erreicht, sondern man hätte darüber hinaus auch durch das Vorgehen auf dem wichtigsten Gebiet der Lebens- und Genussmittel die nötige Erfahrung gesammelt für die Ausdehnung dieses Verfahrens auf andere Gebiete.

Da aber dieser Mehrheit die Unternehmergruppe nicht angehörte, hat die Regierung Brüning nicht nach der Empfehlung gehandelt, sondern nur neue Untersuchungen veranlaßt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war, daß der Reichswirtschaftsrat einstimmig der Reichsregierung empfohlen hat, den Verbänden der verschiedenen Gruppen der für Markenartikel in Frage kommenden Erzeuger und Händler kurze Fristen zu setzen, in denen die Preislenkung in ausreichendem Maße auf diesem Gebiete gesichert sein muß. Soweit es innerhalb dieser Fristen nicht gelingt, die erforderlichen Preislenkungen zu erreichen, hat der Reichswirtschaftsrat der Reichsregierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten auf diesem Gebiet die Preisbindungen der Wiederverkäufer für Markenartikel zu lockern, erforderlichenfalls aufzuheben.

Drei Wochen sind seit diesem einmütigen Beschluß verstrichen.

ohne daß man in der Öffentlichkeit schon etwas davon gehört hätte, daß die Regierung der Aufforderung nachgekommen sei und die empfohlenen kurzen Fristen für stärkere Preislenkungen bei der Mehrheit der Markenartikel, für die bisher Preislenkungen überhaupt noch nicht eingetreten sind, zu erzwingen.

Offenbar stößt das Verfahren auf Schwierigkeiten. Ein Teil der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats, eine Minderheit, die aus sämtlichen Mitgliedern der Abteilung II (Unternehmer) und einigen Mitgliedern der Abteilung III bestand, hat die Möglichkeit solcher Hemmungen im einzelnen vorausgesehen und deshalb ihrerseits den einstimmig beschlossenen Empfehlungen noch einen dritten Punkt hinzugefügt, der dahin ging, daß, insofern das spezialisierende Verfahren sich nicht als genügend wirksam für die Preislenkung oder als praktisch undurchführbar erweisen würde, die all-

gemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel empfohlen wird, da sie in diesem Falle mindestens für die nächste Zeit als das geringere Übel gegenüber der Gefahr einer Preishochhaltung angesehen werden müsse.

Wenn die Reichsregierung nicht in der Lage ist, den einstimmig geforderten Druck auf die Preise der Markenartikel zu verwirklichen, so wird sie auf diese Empfehlung der Minderheit zurückgreifen müssen. Es wäre ja immerhin denkbar, daß, nachdem man sich im August nach der Minderheit der Unternehmerabteilung gerichtet hat, man im Dezember einmal das Minderheitsvotum der Arbeitnehmerabteilung berücksichtigt.

Auf jeden Fall geht es nicht an, daß man nach dem einstimmigen Votum für die Notwendigkeit der Preislenkung auf diesem Gebiet jetzt so tut, als ob es sich bei der Senkung des Preisniveaus für die Markenartikel um eine vernachlässigende Bagatelle handelte!

In dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats ist klar ausgesprochen, daß die Aufhebung der Preisbindungen oder die Senkung der Preise für Markenartikel gewisse Wirkungen auf das Preisniveau auch über die gebundenen Markenwaren hinaus haben würde. Ueberdem ist es ganz selbstverständlich, daß man eine wirkliche Herabsetzung der Lebenshaltungskosten, auch nur in bescheidenem Umfang, nur dann erreicht, wenn der Druck zur Preislenkung auf allen Gebieten, auf denen es irgend möglich ist, zur Anwendung gelangt, gleichviel ob die einzelne Ware im einzelnen Haushalt von großer Bedeutung ist oder nicht. Die Gesamtsumme der Umsätze in preisgebundenen Markenwaren wird immerhin auf 3 bis 4 Milliarden Mark geschätzt. Es ist also nicht angängig, eine Untätigkeit der Regierung auf diesem Gebiet dadurch zu entschuldigen, daß man die ganze Angelegenheit in Interesselosenstreifen im Gegensatz zu den Gutachten des Reichswirtschaftsrats als eine Bagatelle darzustellen sucht.

Die bisherigen Erfolge der Reichsregierung in der Preislenkung sind wirklich nicht so groß, daß sie auf ein Vorgehen auf einem Gebiet, auf dem noch Möglichkeiten bestehen, länger verzichten dürfte. Die Verschleppung durch Untersuchungen hat lange genug auf diesem Gebiete gedauert. Nun muß wenigstens nach den einstimmigen Empfehlungen des Reichswirtschaftsrats gehandelt werden. Wann wird die Regierung soweit sein?

Agrarpolitik gegen Preislenkung.

Die landwirtschaftlichen „Schutz“maßnahmen der Notverordnung.

In der Notverordnung besichert die Reichsregierung auch eine Reihe von „Schutzmaßnahmen“ für die Landwirtschaft, die voll dem Programm des Reichslandbundes entsprechen, aber der eingeleiteten Preislenkungsaktion der Regierung einfach zuwiderlaufen. Auf der Berliner Produktionsbörse ist beispielsweise die Notiz für prompten Roggen gestern schon um 6 Mark gestiegen.

Das Brotgesetz, das den Ausmahlungsgrad des Roggens auf 60 Proz. herabsetzt, war ein Verleger. Das geringer ausgemahlene Brot ließ den Konsum des gemahlten Brotes schon zurückgehen. Nichtsdestoweniger wird jetzt das Brotgesetz noch verschärft. Der Verschlechterung des Roggenbrotes soll jetzt die des Weizenbrotes folgen. Allem Brot, außer Kleingebäck, muß 30 Proz. Roggenmehl zugefügt werden, das aber nur zu 50 Proz. ausgemahlen werden darf. Den Bäckern soll erlaubt sein, 10 Proz. Kartoffelmehl den Schrippen ohne Kennzeichnung beizumengen. Das Reichsernährungsministerium selber hat noch vor einigen Wochen erklärt, daß man nicht daran denke, das Brot auf diese Weise zu verschlechtern! Im übrigen soll es aber jetzt in Deutschland werden, wie es bei der „Mitropa“ war: in allen Speiseanstalten und Gastwirtschaften darf überhaupt kein Weizenbrot mehr angeboten werden. Das sind schöne Aussichten für die Gastwirte, die wegen einer Schrippe unter Umständen ihre Gäste verlieren, für den Fremdenverkehr, der auf Regentranke keine Rücksicht mehr nimmt und für alle Einzelhändler, die auch beim Frühstück auf Gasthäuser angewiesen sind. Ueber die obersten Landesbehörden dürfen Ausnahmen gestattet; die Vermwertung der Weizenerte legt diese Maßnahmen nahe und hoffentlich wird der Roggenbrotszwang bald auf Pommeren beschränkt sein. Für die Landwirtschaft ist jedenfalls aus dieser Regelung nichts zu ermarren.

Durch die Herabsetzung des Ausmahlungsgrades fällt selbstverständlich viel mehr Mehl an. Deshalb wird der Kleinzoll auch für Weizenkleie, die bisher zollfrei war, auf 10 Mark erhöht, was wiederum eine Verteuerung für die bäuerliche Viehwirtschaft, also Rohstoffe für Produkte und Fleisch, bedeutet.

In die gleiche Richtung fällt auch die beabsichtigte Erhöhung des Wertzolls von 12 auf 18 Mark. Sie ist zwar noch nicht in der Notverordnung enthalten, aber man hat vorsorglich die Höchstgrenze des jetzt bestehenden gleitenden Wertzolls beseitigt und dafür die Bestimmung getroffen, daß die Reichsregierung den Zoll für Gerste heraus- und heruntersetzen kann, wenn es die Wirtschaftslage erfordert. Eine Sicherheit, daß der Mißpreis für Coströgen nicht übersteuert wird, besteht überhaupt nicht.

Unter die Zwangsverbrauchsgehalte fällt jetzt auch die Margarineindustrie fallen. Sie kann gezwungen werden, inländische Tierfette zu verwenden, obwohl der einzelne Landwirt durch die Einführung des Fettbeimischungszwangs in dem praktisch zu erwartenden Ausmaß gar keinen Nutzen hat. Die Margarineindustrie hatte sich bereits früher verpflichtet, bis zu einem gewissen Grade inländische Tierfette zu verwenden, um Zwangsingriffe zu verhindern.

Die Banern bekommen ferner den gewünschten aber höchst überflüssigen Verwendungszwang für Hopfen, obwohl der Einfuhrüberschuß an Hopfen noch nicht 4 Proz. der deutschen Produktion beträgt.

Als letztes ist in die Notverordnung das Handelsklostergesetz aufgenommen. Dieses verfolgt an sich einen sehr vernünftigen Zweck, nämlich die Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte, wie sie in der fortschrittlichen Landwirtschaft anderer Länder bereits vorgenommen ist. Das Gesetz heingt aber auch die Möglichkeit von Zwangszusammenfassungen für die kartell- und

zuckererarbeitende Industrie, wodurch die Unwirtschaftlichkeit besonders in der Zuckerrückwarenverwertung werden kann. Der Zuckerrübenbau soll kontingentiert werden, was wieder nur die bäuerliche Landwirtschaft schädigt. Außerdem führen wir jetzt 23 Proz. unserer Zuckerproduktion aus zu Preisen, die zwischen 6 und 8 Mark je Zentner liegen. Unsere inländischen Zuckerpriese müssen aber auf 26 Mark gehalten werden, um die Ausfuhrverhältnisse unserer Industrie auszugleichen. Nur wenn der Höchstpreis für Zucker erheblich herabgesetzt wird, können ernste Schäden der Zwangskontingentierung verhütet werden.

Das sehr Bedauerliche bei den neuen Gesetzen ist, daß die Opfer, die die Verbraucherschaft auf sich nehmen soll, nicht einmal der Landwirtschaft zum Vorteil gereichen. Der Brotverbrauch wird noch stärker als bisher sinken und die fortschrittliche Entwicklung der Landwirtschaft durch eine Stärkung der bäuerlichen Veredelungswirtschaft wird unterbunden. Auf der Anwendung der Ermäßigungen liegt eine sehr schwere Verantwortung.

Stabile M.A.N.-Dividende.

Der Beschäftigungsgrad bleibt gut.

Der im Besitz der Gute Hoffnungshütte A.-G. befindliche größte süddeutsche Maschinenfabriker, die Maschinenfabrik Augsburg-Regensburg A.-G., hat die in dieser Industrie vorhandenen Schwierigkeiten gut überstanden. Wie die Verwaltung selbst im Geschäftsbericht hervorhebt, haben langfristige Aufträge aus dem vorhergehenden Jahr dem Unternehmen über die schlechten Zeiten im Betriebsjahr 1929/30 hinweggeholfen.

Die Gesellschaft ist daher in der Lage, wie in den beiden vorhergehenden Jahren auch diesmal wieder eine Dividende von 6 Proz. auszuschütten, obwohl der durch Abschreibungen stark gekürzte Reingewinn hierzu nicht ausreicht und der Gewinnvortrag von 1929 herangezogen werden muß. Da die M.A.N. sich im vorhergehenden Jahr über zwei Millionen vom Gewinn reserviert hatte, können auch diesmal nach Zahlung der Dividende noch über 1 Million Mark, die einer weiteren Dividende von 5 Proz. entsprechen, in Reserve gehalten werden.

Der Geschäftsbericht der Direktion weist darauf hin, daß das Unternehmen auch in letzter Zeit mit Erfolg im Auslande konkurrenzfähig war, so daß auch „ein entsprechender Auftragsbestand“ in das neue Geschäftsjahr 1930/31 übernommen werden konnte. Da auf der vorjährigen Generalversammlung der M.A.N. der Auftragsbestand des Unternehmens mit 108 Millionen Mark angegeben wurde und die Verwaltung nicht von einem wesentlichen Rückgang des Auftragsbestandes spricht, kann angenommen werden, daß auch der zurzeit vorhandene Bestand an dieser hohen Ziffer vom Dezember 1929 herankommt. Diese Annahme wird dadurch bestätigt, daß in der Bilanz der Kosten „halbfertige Arbeiten“ von 31 auf 33,5 Millionen gestiegen ist, während der Gegenposten in der Bilanz „Anzahlungen von Bestellern“ sich sogar auffallend von 19,3 auf 27 Millionen erhöht hat.

Unter diesen Umständen ist der im letzten Jahr fortgesetzte Rationalisierungsabbau um 1000 auf 14 030 Mann fast ausschließlich auf Rationalisierungsgründe zurückzuführen. Da der Umlauf bei dem Stand der Lage bei der M.A.N. kaum hinter dem Vorjahr, wo er sich schätzungsweise auf 130 bis 135 Millionen belief, zurückgeblieben ist, so wäre im Hinblick auf den vorgenannten Abbau der Belegschaft eine weitere Leistungssteigerung der Arbeiter je Mann und Schicht von mindestens 6 Proz. einzusetzen.

